

mo



MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 60

HEINZ MAYER
SCHARFE KRITIK AN
STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHT

BLACK LIVES MATTER
DIE BEWEGUNG GEHT WEITER

WIEN WAHLEN

**WARUM EIN
DRITTEL NICHT
WÄHLEN DARF**



Was MO-KolporteurInnen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



PM Hoffmann / Thyra Veyder-Malberg



JETZT SPENDEN!
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW



Foto: Daniel Dutkowski

Tekla Scharwaschidze: Fast ihr ganzes Leben in Österreich, darf die Studentin dennoch nicht wählen.

D Liebe Leserin Lieber Leser

Die Wien-Wahlen stehen an und fast ein Drittel der in dieser Stadt lebenden Menschen kann sich daran nicht beteiligen. Eigentlich müssten alle Alarmglocken bei der Politik über dieses massive Demokratiedefizit schrillen. Das gilt für ganz Österreich. Der Verfassungsrechtler Heinz Mayer findet im absolut lesenswerten Interview in diesem Dossier klare Worte. Er spricht die fehlende Möglichkeit an, das Rechtssystem, mitbestimmen zu können, er spricht vom Keim der Spaltung, den der Ausschluss in sich trägt, und er spricht von Ideologie von vorgestern, mit der die Verleihung der Staatsbürgerschaft zusätzlich mystifiziert wird. Es ist dringende Aufgabe der Politik, allen, die in Österreich ihren Lebensmittelpunkt haben und hier Steuern zahlen, auch ihre demokratischen Rechte zu sichern. Ob das über die Staatsbürgerschaft oder andere Modelle zu regeln ist, wäre zu diskutieren. Wir hätten gerne erfragt, was gut daran ist, den Status quo aufrecht zu erhalten. Unsere Interviewfragen an Ministerin Susanne Raab, an Minister Karl Nehammer oder auch an ÖVP-Gemeinderätin Caroline Hungerländer blieben unbeantwortet. Eigentlich schade, nicht nur wegen der vorenthaltenen Antworten, sondern auch, weil Dialog in der Politik doch groß geschrieben wird. Auch das ist Demokratie.

Gunnar LandsGesell

INHALTSVERZEICHNIS



Illustration: P.M. Hoffmann



Foto: privat



Illustration: Eva Vasari

Einstieg

2 CARTOON

Wieso sich manche Reiche MO nicht leisten können.

3 EDITORIAL

6 NACHGEFRAGT

Elias, Schüler im 22. Bezirk, wird verprügelt und später als N* bezeichnet.

7 HANDLUNGSBEDARF

Integrationsfonds auf Abwegen.

Dossier: Staatsbürgerschaftsrecht

8 WAHLPROBLEME

Es sind Wien-Wahlen! Aber fast ein Drittel der hier lebenden Menschen darf nicht wählen.

11 IDEOLOGIE VON VORVORGESTERN

Verfassungsrechtler Heinz Mayer übt scharfe Kritik am Staatsbürgerschaftsrecht und damit verbundenen Ausschlüssen.

14 DA FÜHLT MAN SICH ALS AUSSENSEITER

Vier Jugendliche, die fast ihr ganzes Leben in Österreich verbracht haben und dennoch ausgeschlossen werden.

Welt

18 BLACK LIVES MATTER

Der Diskurs verändert sich, sagt Mireille Ngosso, Ko-Organisatorin der großen Demo in Wien.

21 NUR DEM PARLAMENT VERPFLICHTET

In Österreich ist eine unabhängige Ermittlungsstelle für Polizei geplant. In England gibt es das schon. Ein Interview mit Regionaldirektor Derrick Campbell von IOPC.

24 ES IST NICHT GENUG, GEGEN RASSISMUS ZU SEIN...

Autor Jad Turman über eine kleine Geschichte des Rassismus.

28 WER ZAHLT FÜR DIE COVID-KRISE?

Markus Marterbauer über eine Sternstunde des Sozialstaates und warum wir gerade jetzt über Umverteilung diskutieren müssen.

31 ICH FÜHLE MICH ALLEIN GELASSEN

Zu Beginn waren Supermarktmitarbeiterinnen die Heldinnen, doch dann kam es anders. Ein Interview.

33 IMPRESSUM

34 MAN DARF NICHT SCHWEIGEN

Gerda Frey hat die Shoa überlebt. Ein Gespräch über damals und heute.

Rubriken

37 NEUES AUS DER PARALLELGESELLSCHAFT

Über das Bekenntnis zur österreichischen Verfassung.
Kolumne: Nour El-Houda Khelifi

38 KOLUMNEN

Martin Schenk: Blütenblätter
Philipp Sonderegger: Lasche Ankläger
Clara Akinyosoye: Knabbern – politisch korrekt

40 MEDIEN

Bücher, Bücher, Bücher: 1000 serpentinae angst /
Die amerikanische Freundin / Stadt für alle! /
Willkommen in meiner Wirklichkeit / Inside Türkei /
Das Varietée der Pflanzen

43 SOS MITMENSCH: PORTRÄT-REIHE

Meine Zukunft in Österreich

45 SOS MITMENSCH: NEWS

200 Empfehlungen für eine wirkungsvolle Integrationspolitik.

46 ANDERE ÜBER ...

Manuela Horvath, Referatsleiterin der Romapastoral in der Diözese Eisenstadt, fragt: Wie sicher bin ich in Österreich?



11. Oktober

neos

**FLÜCHTENDE
MENSCHLICH BEHANDELN**

**WEIL'S NICHT
WURSCHT IST.**

Wahlrecht
für **ALLE**

Wien Anders unterstützt die
PASS-EGAL-WAHL.
Deshalb bitte auch
LINKS-KPÖ-ANDAS
am 11. Oktober
bei den Bezirksvertretungswahlen
in der Leopoldstadt wählen.

Wir können auch ANDAS



**MEHR
GRÜN
FÜR
WIEN**

**WER SCHAUT
AUFEINANDER,
WENN NICHT
WIEN?**

**11. OKTOBER:
DU ENTSCHIEDEST DIE
KLIMAWAHL**



RASSISMUS

Und wieder das N-Wort

Wieder ist die Polizei mit einem Rassismusvorwurf konfrontiert. Elias, 16, Schüler im 22. Wiener Gemeindebezirk, wurde beim Baden von Unbekannten attackiert. Er sagt, ein Beamter hätte ihn als „N*“ bezeichnet. Die Polizei widerspricht.



Elias (Mitte), wurde von Unbekannten die Nase gebrochen. Den Kontakt mit der Polizei erlebte er zwiespältig.

Du gehst mit Krücke, was ist passiert?

Ich war mit fünf Freunden in der Seestadt, um zu schwimmen, als ein Mann in Badehose kommt und uns filmt. Meine Freunde sind weggelaufen, ich nicht. Der Mann hat gelacht, dann hat er mir einen Kick gegeben und auf dem Boden auf mich eingetreten. Meine Nase ist gebrochen. Dann sind vier Freunde von ihm gekommen. Ich habe mich aufge rappelt und versucht, davonzuhumpeln.

Hat dir niemand geholfen?

Viele Leute schauten nur zu, nur ein paar andere Jugendliche kamen mir zu Hilfe, die wurden auch verletzt. Ich bin dann zum See hinunter, hab das Blut heruntergewaschen. Drei Damen haben sich um mich gekümmert. Nach 15 Minuten ist die Polizei eingetroffen, die Polizistin kam ganz gemütlich daher. Im Krankenwagen habe ich gehört, wie ein Mann sagt, „Der N* hat die Scheibe vom Auto (der Täter, Anm.) eingeschlagen“. Auch eine Frau hat behauptet: „Das war der N*“. Tatsächlich war es so, dass jemand einen Stein auf ein Auto der Täter geworfen hat, als

sie geflüchtet sind. Statt mir zu helfen, wurde ich noch beschuldigt. Im Krankenwagen liegend habe ich gehört, wie ein Polizist in den Funk sagt: „Der verletzte N* liegt im Krankenwagen“. Ein Freund wollte von den Polizisten wissen, warum sie dieses Wort verwenden, obwohl sie meinen Namen schon aufgeschrieben haben. Die Polizistin hat es aber einfach abgestritten.

Worum geht es dir jetzt?

Es sind zwei Sachen passiert, die man trennen muss: Die Gewalt, die ich erlebt habe, und die rassistische Aussage der Polizei. Vielleicht war auch die Motivation des Mannes, der mich geschlagen hat, rassistisch, ich weiß es nicht. Er hat in einer anderen Sprache geredet. Aber mein Eindruck ist: Das einzige, wofür sich die Polizei interessiert hat, war die eingeschlagene Scheibe. Die erste Frage der Polizistin im Krankenwagen war nicht: „Wie geht es dir?“, sondern: „Was war mit dem Auto?“ Zwei der Jugendlichen, die mir zu Hilfe gekommen sind und dabei auch verletzt wurden, hat die Polizistin im Krankenwagen ebenfalls

nur nach dem Auto gefragt.

Wie erklärst du dir das?

Die Jungs, die mir geholfen haben, waren glaube ich aus Afghanistan und Syrien. Zwei meiner Freunde sind auch schwarz. Ich glaube, die Polizistin dachte, wir sind eine große Gruppe. Sie hat erst dann bemerkt, dass wir Österreicher sind. Ich habe ihr das auf Deutsch erklärt, weil das meine Muttersprache ist. Darauf haben die Polizisten sofort mit viel Druck die Jungs befragt, sie sollen endlich zugeben, dass sie den Stein geworfen haben. Die Jungs haben dann in gebrochenem Deutsch gesagt, „Wir haben die Scheibe nicht eingeschlagen.“ Und der Beamte meinte, „Ah, also wisst ihr, was passiert ist.“ Ich finde das schlimm, niemand nahm sie in Schutz.

Wie hat die Polizei später reagiert?

Ich hatte eine Vernehmung wegen der Anzeige gegen mich, die wurde zurückgelegt. Die Täter sind bekannt, das Verfahren beginnt demnächst. Entschuldigt haben sich die Polizisten bis heute nicht. (gun)

HANDLUNGSBEDARF

Integrationsfonds auf Abwegen

Der Österreichische Integrationsfonds betätigt sich als Wahlkampf helfer für MinisterInnen. Er bringt verzerrende Umfragen in Umlauf und meidet das Thema Rassismus wie die Pest.

TEXT: ALEXANDER POLLAK

Unter Bundeskanzler Kurz ist der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) zu einer mächtigen Einrichtung geworden. Nahezu sämtliche staatlich geförderte Deutschkurse laufen über den Fonds. Der ÖIF bestimmt, wer einen zertifizierten Deutschkurs machen darf und wer nicht. Zig Millionen Euro werden jedes Jahr über den Fonds verteilt. Doch der ÖIF nutzt das Geld des Staates nicht nur für Kursmaßnahmen, von denen einige bei ExpertInnen hochumstritten sind. Ein Teil des Budgets wird auch verwendet, um ausgewählten MinisterInnen politische Munition zu liefern. Dabei schreckt der ÖIF nicht davor zurück, manipulative Umfragen in Auftrag zu geben.

Tendenziöse Fragen

So ließ man im Sommer abfragen, ob sich „in Folge der Konflikte in Wien-Favoriten“ das Sicherheitsgefühl „verbessert oder verschlechtert“ habe. Nicht nur der Sinn dieser Umfrage erscheint fragwürdig, ins Auge sticht der verzerrende Charakter der Fragestellung. Genauso gut hätte man abfragen können,

ob „in Folge der Bankenpleite im Burgenland“ das Vertrauen in Geldinstitute „gestiegen oder gesunken“ sei. Die Antworttendenz ist de facto vorgegeben.

Kritik von Meinungsforscher

Die tendenziöse Frageweise des ÖIF ruft inzwischen auch Protest in der Umfragezunft hervor. Der Geschäftsführer des Sora-Instituts, Günther Ogris, verfasste im „Standard“ einen Gastkommentar über „wertlose Forschung mit verzerrendem Effekt“. Ogris rief den Integrationsfonds auf, „die Studie von der Homepage zu nehmen, sich für die Irreführung der Öffentlichkeit zu entschuldigen und sich seiner Aufgabe bewusst zu werden“.

„Tabuthema“ Rassismus

Die enge Anbindung des ÖIF an die Politik zeigt sich auch bei jenen Themen, die der ÖIF meidet wie die Pest. Zu den absoluten Tabuthemen gehört Rassismus. In den vergangenen Jahren behandelte keine einzige der unzähligen Veranstaltungen des Fonds dieses Thema, obwohl Rassismus und Diskri-



Illustration: Petja Dimitrova

minierung zur Lebensrealität vieler eingewanderter Menschen gehören.

Besonders tabuisiert wird Hetze gegen MuslimInnen. Der ÖIF hielt zwar eine Vielzahl an Veranstaltungen zu „Islam“, „Moscheen“, „islamistische Radikalisierung“, usw. ab, eine Veranstaltung zu antimuslimischem Rassismus sucht man jedoch vergeblich. Auf die Zusendung des SOS Mitmensch-Berichts über antimuslimische Feindbildkampagnen in der Politik reagierte der ÖIF mit eisernem Schweigen.

Ein weiteres Tabuthema ist die Einbürgerungs- und Wahlrechtsfrage. Der zeitnahe Zugang zu Einbürgerung und Wahlrecht sei essentiell für die Integration, betonen ExpertInnen. Doch der ÖIF unterwirft sich auch hier strikt dem rechtspopulistischen Mantra, dass der Ausschluss von immer mehr Menschen vom Zugang zur Staatsbürgerschaft nicht hinterfragt werden dürfe. Es wäre dringend notwendig, dass der ÖIF unabhängig und wirklich im Sinne von Integration agiert. Dazu müsste die enge Anbindung an politische Spins durchbrochen werden.

WAHLPROBLEME

Knapp eine halbe Million Menschen ist von den kommenden Wien-Wahlen ausgeschlossen. Wie lässt sich das mit Demokratie noch vereinbaren?

Text: Valentine Auer

Illustration: P.M. Hoffmann



Rund 30 Prozent der in Wien lebenden Menschen sind zwar im wahlfähigen Alter, dürfen ihre Stimme aber nicht oder nur eingeschränkt abgeben. 13 Prozent der WienerInnen, nämlich jene mit einer nicht-österreichischen EU-Staatsangehörigkeit, dürfen nur auf Bezirksebene wählen, wo Grätzelpolitik entschieden wird. Betroffen vom Wahlausschluss sind vor allem junge WienerInnen. Ein Blick auf die einzelnen Bezirke zeigt zudem große Unterschiede. Besonders sticht der 15. Bezirk hervor: Dort ist knapp die Hälfte der BewohnerInnen nicht oder nur auf Bezirksebene wahlberechtigt.

„Die Stimme ist die Währung am politischen Markt“, sagt Politikwissenschaftler und Demokratieexperte Gerd Valchars. Dass ein Drittel der Wiener Bevölkerung nicht wählen darf, führe dazu, dass wir zunehmend in einer defizitären und immer weniger in einer funktionierenden Demokratie leben. „Es entsteht ein Mangel an Legi-

timisation, wenn so viele Menschen ihre politische Präferenz nicht kundtun können. Sie können keine Partei für ihr möglicherweise rassistisches Verhalten abstrafen und keine Partei belohnen, die Politik in ihrem Interesse macht“, so Valchars.

Ein Bündel restriktiver Gesetze

Österreich macht es hier lebenden AusländerInnen nicht einfach. Es gibt einige wenige Länder, die beim Wahlrecht restriktiver sind als Österreich. Doch Österreich bündelt diskriminierende Regeln zu einer insgesamt restriktiven Gesetzgebung, die immer mehr Menschen vom Wählen ausschließt. So zählt Österreich bei der Kopplung von

Staatsangehörigkeit und Wahlrecht zu jenen Ländern mit dem härtesten Ausschluss. Zwar gibt es kaum Staaten, in denen Nicht-Staatsangehörige auf nationaler Ebene wählen dürfen, aber es gibt einige Länder, die auf regionaler



Massiver Ausschluss: Ein Drittel der WienerInnen hat hier den Lebensmittelpunkt, ist vielleicht hier geboren, zahlt in Österreich Steuern, hat aber politisch kein Stimmrecht.

Ebene und noch mehr Länder, die auf kommunaler Ebene ein diskriminierungsfreies Wahlrecht besitzen. Österreich fällt in keine dieser Gruppen. Ähnlich sieht es beim Erhalt der österreichischen Staatsangehörigkeit und damit auch beim Erhalt des Wahlrechts aus. Eine Möglichkeit die österreichische Staatsangehörigkeit zu erwerben, wäre bei der Geburt. Hier gibt es die zwei Prinzipien „ius soli“ oder Geburtsortprinzip und „ius sanguinis“ oder Abstammungsprinzip: Man kann die Staatsangehörigkeit von jenem Land, in dem man geboren wurde („ius soli“) erhalten, es gibt aber auch die Möglichkeit die Staatsangehörigkeit beider oder eines Elternteils zu erhalten („ius sanguinis“). Ein absolutes Geburtsortprinzip existiert in Europa nicht, der Trend bewegt sich aber

DIE 17-JÄHRIGE WIENERIN FADUMO IST SEIT 14 JAHREN IN ÖSTERREICH. DENNOCH DARF SIE NICHT WÄHLEN.

dennoch dahin, dieses bedingt einzuführen und an bestimmte Voraussetzungen zu knüpfen. Österreich verschreibt sich hingegen fast gänzlich dem Abstammungsprinzip. Eine weitere Möglichkeit die österreichische Staatsangehörigkeit zu erhalten, ist die Einbürgerung. „Einzelnen gesehen sind die Kriterien für die Einbürgerung in Österreich nichts Ungewöhnliches. Jedes Kriterium findet sich in anderen Staaten auch. In Summe aber entsteht ein langer Katalog an sehr restriktiven Kriterien“, erklärt Valchars. Das trifft vor allem auf die notwendige Aufenthaltsdauer von mindestens zehn Jahren sowie auf die notwendige Rücklegung der bisherigen Staatsangehörigkeit zu. Außerdem muss für die Einbürgerung ein gewisses Einkommen nachgewiesen werden. Bei der Höhe dieses Einkommens zählt Österreich erneut zu den strengsten Ländern.

Extra hohe Hürden

Auch bei Fadumo Mohamed scheitert es am Einkommen. Die 17-jährige Wienerin zählt zu jenen 24 Prozent aus dem 15. Bezirk, die überhaupt nicht wählen dürfen. 2006 flüchtete sie gemeinsam mit ihrer Mutter aus Somalia. Den Mindestaufenthalt für eine Einbürgerung würde sie daher erfüllen. Doch das Einkommen der Mutter reicht als Nachweis der sogenannten Selbsterhaltungsfähigkeit nicht aus. Die hohen Kosten, die bei der Ein- und Ausbürgerung anfallen, sind eine weitere Hürde. Mohamed selbst befindet sich gerade im Übergang zwischen Schule und Beruf und ist Teilnehmerin der Produktionsschule „spacelab_girls“ vom Verein „sprungbrett“. Dass sie ihre Stimme bei der Wien-Wahl nicht abgeben darf, ist für sie kein wirkliches Problem: „Da ich nicht politisch aktiv bin, finde ich es auch nicht so schlimm, dass ich nicht wählen kann“.

„Natürlich gibt es Jugendliche, denen es egal ist, dass sie nicht wählen dürfen – wie bei allen anderen Jugendlichen auch. Viele spüren die Hürde der Einbürgerung aber ganz deutlich. Sie sehen es als unrealistisch an, jemals wählen zu dürfen“, sagt Shokat Ali Walizadeh. Walizadeh ist Jugendreferent und Mitarbeiter beim Integrationsprojekt „CORE“ der Stadt Wien sowie Gründer des Sport- und Kulturvereins „NEUER START“ für geflüchtete Jugendliche.

Politisches Interesse durch Verschlechterungen

Aus seiner Arbeit weiß Walizadeh, dass es auch anders sein kann und das Wahlrecht vor allem seit der türkisblauen Koalition ein wichtiges Thema ist: „Es gab damals viele Gesetzesänderungen, die schlecht für einen Teil der Gesellschaft waren und sind, vor allem für Geflüchtete und Migranten. Wählen zu können, wurde dadurch wichtiger für viele Betroffene“.



Shokat Ali Walizadeh, Jugendreferent beim Integrationsprojekt „CORE“ der Stadt Wien. Beim Versuch, sich einbürgern zu lassen, wurde er sogar staatenlos.

Menschen wollen sich gegen Verschlechterungen wehren und mitbestimmen. Auch Walizadeh selbst. 2009 ist er als 19-Jähriger nach Wien gekommen. Seit zwei Jahren versucht er sich einbürgern zu lassen. Bei ihm scheitert es an der Rücklegung der afghanischen Staatsangehörigkeit. Um bei der kommenden Wien-Wahl teilzunehmen, hätte er spätestens am 14. Juli die österreichische Staatsangehörigkeit haben müssen. Doch diese hat er nach wie vor nicht, stattdessen führten die Hürden sogar dazu, dass er im August staatenlos wurde. Eine weitere Wahl also, bei der er seine Stimme nicht abgeben kann. „Es tut weh, schon so lange da zu sein und auf der politischen Ebene nicht mitzuentcheiden. Wir brauchen jede Stimme. Jede Stimme ist gut für die Gesellschaft, für die Demokratie, für das Zusammenleben“, so Walizadeh.

Gesellschaftliche Repräsentationslücke

Denn der Wahlausschluss verursacht auch eine Repräsentationslücke, sagt Valchars: „Die Politik orientiert sich an den tatsächlichen WählerInnen. Nicht-Wahlberechtigte werden schlichtweg

ignoriert. Die politische Marktlogik funktioniert so, dass sich Präferenzen, Programme und personelles Angebot danach richten, wo es Stimmen zu lukrieren gibt“.

Eine fehlende politische Repräsentation, die viele Menschen einschließt – auch jene, die wahlberechtigt sind:

DIE POLITIK ORIENTIERT SICH AN DEN WAHLBE- RECHTIGTEN. DIE ANDEREN WERDEN IGNORIERT.

Das zeigt sich vor allem, wenn es um die einzelnen Bezirke geht. So werden die 100 Sitze im Rathaus auf 18 Wahlkreise aufgeteilt, die meisten dieser Wahlkreise entsprechen den Bezirken. Wahlkreise mit mehr EinwohnerInnen stellen proportional mehr Abgeordnete, tatsächlich sind aber nur EinwohnerInnen mit österreichischer Staatsangehörigkeit relevant. Da mehr Menschen im 15. Bezirk als im 23. Bezirk vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, bedeutet dies, dass dem 15. Bezirk nur drei und dem 23. Bezirk sechs Mandate zustehen. Würden nicht-österreichische Staatsangehörige wählen dürfen, wären es vier Mandate für den 15. und fünf

Mandate für den 23. Der eine Bezirk wird dadurch über-, der andere unterrepräsentiert.

Zudem stellt sich auch in anderen Bereichen die Frage, an wen sich PolitikerInnen orientieren: Es sind mehr jüngere als ältere Personen nicht wahlberechtigt und mehr Personen mit niedrigem als mit höherem Einkommen. Dadurch ist es für PolitikerInnen eher interessant, wohlhabendere und ältere Personen zu adressieren, die in bestimmten Bezirken leben. Dies kann sich darauf auswirken, wie der öffentliche Raum gestaltet wird oder in welche Richtung die Sozialpolitik geht.

Auf Bundesebene erschwert der Wahlausschluss so vieler Menschen letztendlich auch die Umsetzung eines weniger restriktiven Einbürgerungsgesetzes oder eines diskriminierungsfreien Wahlrechts, so Valchars: „Diejenigen die wahlberechtigt sind, entscheiden darüber, wer wahlberechtigt sein soll. Das ist ein demokratisches Paradoxon.“

ÖSTERREICH: HOHE HÜRDEN ZUR STAATSBÜRGERSCHAFT

* Nach frühestens sechs bis zehn Jahren kann ein Antrag auf Staatsbürgerschaft gestellt werden.

* Es müssen hohe Einkommenshürden übersprungen werden, die selbst von Vollzeitbeschäftigten nicht immer erreicht werden.

* Für Familien beträgt der Richtsatz 1.525 Euro plus ein Großteil der Mietkosten (mind. 295 Euro) plus 150 Euro pro Kind plus weitere regelmäßige Aufwände. SOS Mitmensch hat mehr als 800 Berufssparten ausgemacht, bei denen auch eine Vollzeitbeschäftigung die Anforderungen für die Staatsbürgerschaft erfüllen würde.

* In der EU hat fast jeder Staat eine höhere Einbürgerungsquote als Österreich. Hier werden von 1000 Menschen jährlich nur 7 Menschen eingebürgert.

DAS IST ALLES IDEOLOGIE VON VORVORGESTERN

Der Verfassungsjurist Heinz Mayer sieht die Verknüpfung von einem strengen Staatsbürgerschaftsrecht wie es Österreich hat, mit einem Wahlrecht, das nur für StaatsbürgerInnen reserviert ist, sehr kritisch. Dass so viele Menschen in Österreich leben und nicht mitbestimmen dürfen, widerspreche dem Grundprinzip der Demokratie.

Interview: Eva Bachinger

Warum ist eigentlich das aktive und passive Wahlrecht mit der Staatsbürgerschaft verknüpft?

Das ist ein üblicher Anknüpfungspunkt. Das Recht des Bürgers, mitzubestimmen was im Staat passiert, wird an jene Personen verliehen, die in einer engen Beziehung zum Staat stehen.

„WIR ERLEBEN EIN FERNHALTEN VON MENSCHEN, DAS TRÄGT DEN KEIM DER SPALTUNG IN SICH.“

Man war früher der Ansicht, dass die Staatsbürgerschaft eine gewisse Nahebeziehung zum Staat definiert. Manche Staaten, wie die USA, haben das Prinzip *ius soli*, das Geburtsortprinzip. In Österreich haben wir das *ius sanguinis*, d.h. die Verleihung der Staatsbürgerschaft hängt von der Abstammung von österreichischen Eltern ab.



Rege Beteiligung: Pass Egal Wahl von SOS Mitmensch, um auf das dramatische Demokratiedefizit in Österreich aufmerksam zu machen.

Immer mehr Menschen leben in Österreich, besonders in Wien, ohne österreichische Staatsbürgerschaft und können folglich auch nicht wählen. Sie sehen diese Situation sehr kritisch.

Das ist fatal. Unser Staatsbürgerschaftsrecht ist sehr streng: Es dauert bis zu 15 Jahre, um sie überhaupt zu erwerben, nötig ist ein ununterbrochener Aufenthalt im Inland. Wenn man das Wahlrecht mit so einem strengen Staatsbürgerschaftsrecht verknüpft, führt das zwangsläufig dazu, dass viele Menschen, die hier seit längerem leben, nicht wählen und damit nicht mitbestimmen dürfen. Wenn jemand zehn Jahre hier lebt, hat er wenig Chancen in dieser Zeit die Staatsbürgerschaft zu erlangen, in dieser Zeit waren aber schon zwei Nationalratswahlen. All seine möglichen Integrationsleistungen helfen hier nicht. Das ist demokratiepolitisch insofern problematisch, weil Demokratie bedeutet, dass der Bürger am Rechtssystem, das ihn schließlich konkret betrifft, mitbestimmen können soll.

Es soll nicht so einfach sein, ÖsterreicherIn zu werden, weil die Staatsbürgerschaft der letzte Schritt der Integration sein soll, wird argumentiert. Ich sehe die derzeitige Lage eher als gravierendes Integrationshemmnis. Personen, die nicht wählen dürfen, werden sich mit dem Staat eher nicht identifizieren. Es ist nicht ihr Staat, sie nehmen nicht sehr Anteil am politischen Geschehen. Sie leben hier, arbeiten hier und haben ihre Familien hier, aber sie haben keinen Einfluß auf Gestaltung und Mitbestimmung. Zu

Recht sagen sie sich, sie wollen mich ja gar nicht, ich bin ein anderer, ich gehöre nicht ganz dazu. Es wird ihnen vermittelt, Du musst zwar alles befolgen was gesetzlich festgelegt ist, aber mitbestimmen kannst Du nicht. Das ist sehr schlecht, finde ich. Es ist ein Fernhalten von Menschen und trägt den Keim der Spaltung in sich. Wir haben grundsätzlich ein sehr konservatives Staatsbürgerschaftsrecht. Die Entwicklung, die Österreich und viele Staaten genommen haben, wird hier nicht nachvollzogen. Mit der Öffnung der Grenzen innerhalb Europas leben viele Menschen in einem Land,

**„VON KONSERVATIVEN
KREISEN IST DIE
STAATSBÜRGERSCHAFT
SEHR MYSTIFIZIERT.“**

wo sie nicht geboren sind. Menschen sind heute mobiler und flexibler. Das würde erfordern, dass das Staatsbürgerschaftsrecht nachzieht und gewisse Kriterien aufstellt, wie einen gewissen verfestigten Aufenthalt, eine gewisse Dauer und Integration. Wir haben derzeit die paradoxe Situation, dass Auslandsösterreicher wählen dürfen, auch wenn zum Beispiel jemand als Sohn österreichischer Eltern in Kanada geboren ist und noch nie in Österreich war. Jener, der hier lange lebt, darf nicht wählen. Von konservativen Kreisen ist die Staatsbürgerschaft sehr mystifiziert, die Staatsbürgerschaft als heiliges Treueband zwischen Staat und Bürger. Das ist alles Ideologie von vorgestern. Manche Ausländer bürgern wir andererseits überraschend schnell ein, weil sie prominent und

reich sind oder sportlich erfolgreich. Manche können kaum Deutsch, leben hier nur eine kurze Zeit, sind aber österreichische Staatsbürger. Anderen macht man es sehr schwer, überhaupt diesen Status zu erreichen. Diese Praxis ist höchst unlauter.

In welchen Ländern gibt es Bewegungen in eine liberalere Richtung?

Es gibt viele Staaten, die die Staatsbürgerschaft schneller als Österreich verleihen, die sogenannten Einwanderungsländer. Das ist Österreich zwar auch, aber es wird von konservativen, rechten Politikern nach wie vor geleugnet. Sie tun so, als ob nur „autochthone Österreicher“ wirkliche Österreicher wären, und teilen in wir und die anderen.

Prinzipiell braucht man eine 2/3-Mehrheit im Parlament, um das Wahlrecht zu öffnen. Nehmen Sie irgendein Interesse an diesem Thema bei den politischen Parteien wahr? Schließlich würde es ja um zusätzliche Wählerstimmen gehen.

Man könnte das Problem insofern lösen, indem man schneller die Staatsbürgerschaft verleiht oder beschließt, dass alle Staatsbürger sowie Personen, die eine bestimmte Anzahl von Jahren hier einen verfestigten Aufenthalt haben, wahlberechtigt sind. Die Konservativen sind aber aus Prinzip dagegen. Sie wollen es schlichtweg nicht ermöglichen, dass Ausländer wählen dürfen. Dann steckt auch die Unsicherheit dahinter, welche Parteien diese neuen Wähler wählen würden. Man meint, die Zuwanderer würden eher linke Parteien wählen, doch das



Foto: privat

H. Mayer: Wenn jemand 10 Jahre hier lebt, hat er wenig Chancen, die Staatsbürgerschaft zu erlangen. In dieser Zeit waren schon zwei Nationalratswahlen. All seine Integrationsleistungen helfen nicht.

muss nicht so sein. Zuwanderer wählen ja auch FPÖ oder ÖVP. Besonders Zuwanderer aus den Oststaaten wählen eher keine linksorientierte Partei. Die SPÖ musste in den 1990er Jahren das Kommunalwahlrecht für EU-Bürger einführen. Sie war sehr dafür, aber auch massiv dahinter, dass es nicht auf Länderebene gehoben wird. Seitdem hat sich nichts mehr getan. Es ist aus meiner Sicht keiner Partei ein wirkliches Anliegen, am ehesten den Neos und den Grünen. Wahrscheinlich befürchtet man, dass eine Änderung auf Widerstand bei der Mehrheitsbevölkerung stößt.

„IN ÖSTERREICH SEHE ICH NICHT, DASS SICH VON SICH AUS ETWAS ÄNDERN KÖNNTE.“

Also keine Veränderung in absehbarer Zeit?

In Österreich sehe ich nicht, dass sich von sich aus etwas ändern könnte. Am ehesten könnte es auf europäischer Ebene eine Entwicklung geben, entweder in der EU oder von Seiten des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Das Wahlrecht ist ja auch ein Menschenrecht. Es ist zwar an die Staatsbürgerschaft geknüpft, daran wird man festhalten, aber es könnte eingefordert werden, dass die Staatsbürgerschaft schneller verliehen wird. Ob es die EU aber in der jetzigen Situation wagt das Staatsbürgerschaftsrecht anzutasten, bezweifle ich. Die Nationalisten sind im Kommen, in Osteuropa gibt es nicht so viele Zuwanderer, da will es sich die EU mit einigen Staaten sicher nicht verscherzen.



Nahezu ihr ganzes Leben in Österreich, aber von den Wahlen ausgeschlossen: Ibragim Kavkaliev, 16, Schüler; Tekla Scharwaschidze, 20, Studentin.

DA FÜHLT MAN SICH ALS AUSSENSEITER

Ich werde wütend, wenn Leute nicht wählen gehen, obwohl sie könnten, sagt Kazbeg. Er lebt fast sein ganzes Leben hier, ist aber von den Wahlen ausgeschlossen. So wie den vier Jugendlichen im Gespräch geht es 72.000 anderen jungen Menschen.

Interview, Fotos: Milena Österreicher



Kamila Iliasova, 18, Maturantin; Kazbeg Khaladov, 19, Maturant. Wie gehen sie mit dem politischen Ausschluss um?

Bei der Wien-Wahl am 11. Oktober 2020 werden über 72.000 Menschen zwischen 16 und 24 Jahren nicht wählen dürfen, da sie keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Ihr seid alle hier aufgewachsen, in Kindergarten und Schule gegangen. Wann wurde euch dieser Wahlausschluss bewusst?

Tekla: Die erste politische Ausgrenzung, die ich spürte, war mit 16 Jahren, als Nationalratswahlen waren. Alle aus meiner Klasse konnten wählen gehen, nur ich konnte meine Stimme nicht abgeben. Das war sehr frustrierend, aber es hat mir Motivation gegeben, andere zum Wählen zu ermutigen.

Kamila: In meiner Schule sagten die Professoren auch: Ihr müsst unbedingt wählen gehen. Es gab dann Jugendliche, die die Möglichkeit gehabt hätten, aber es interessierte sie nicht. Und es

**„ES LÄUFT ETWAS FALSCH.
ICH LEBE SEIT 16 JAHREN
HIER UND DARF NICHT KAN-
DIDIEREN.“ KAMILA (18)**

gab welche, die nicht wählen durften, und deshalb meinten, sie müssen da gar nicht zuhören, weil, wozu auch? Sie dürfen sowieso nicht wählen gehen.

Kazbeg: Ich werde wütend, wenn Leute nicht wählen gehen, obwohl sie könn-

ten. Menschen kämpften früher dafür. Es war so ein langer Weg, für Frauen zum Beispiel. Und dann nutzt man die Chance nicht, dass man mitentscheiden darf. Ein Sprichwort, das gut dazu passt: Ein gesunder Mensch hat tausend Wünsche, ein kranker Mensch hat nur einen. Man schätzt also nur Sachen, die man nicht hat. Und wenn ich von Geburt an wählen darf, dann schätze ich das oft nicht.

Kamila: Ich wollte mich jetzt für den Wiener Gemeinderat aufstellen lassen, doch es geht wegen der Staatsbürgerschaft nicht. Da merke ich, dass etwas falsch läuft. Ich lebe schon über 16 Jahre hier.

Kazbeg: Ich war bei den Bundespräsidentenwahlen 2016 der Einzige ohne österreichische Staatsbürgerschaft in der Klasse. Bei diesen Wahlen habe ich mich zum ersten Mal so richtig damit beschäftigt, dass ich in dem Land, in dem ich aufgewachsen bin, nicht mitbestimmen kann, obwohl das, was dann in der Politik entschieden wird, auch für mich gilt. Da fühlt man sich als Außenseiter. Und: Norbert Hofer ist angetreten und ich dachte, dass ich eventuell Probleme bekomme, wenn er gewinnt.



Tekla: Wir hatten auch Angst bei der Bundespräsidentenwahl und fragten uns: Was wird mit uns passieren, wenn Norbert Hofer gewinnt?

Kazbeg: Und die Medien verschlimmern das Gefühl. Sie schreiben immer, dass die Tschetschenen nur Probleme machen. Ich habe das Gefühl: Österreich will uns nicht, Tschetschenen will uns nicht. Dort bist du Tourist und hier bist du auch nicht willkommen. Wohin soll ich denn gehen?

Ibragim: Wenn man hier aufwächst, zieht man sich anders an, denkt man anders. Dann gehört man in seinem alten Land nicht mehr dazu. Ich bin 19 Jahre alt und lebe seit 16 Jahren in Österreich. Wir haben aber vor einigen Monaten die Nachricht bekommen, dass uns der subsidiäre Schutz entzogen wird, weil es in unserem Heimatland jetzt angeblich besser geworden ist. Ich habe schon Angst, aber jetzt warte ich einmal, was passiert.

Tekla: Wir haben zwölf Jahre auf Asyl gewartet. Das nimmt einen echt mit. Dann haben wir die Aufenthaltserlaubnis bekommen, aber die zwölf Jahre,

die wir davor in Österreich lebten, fielen automatisch weg. Und für die Staatsbürgerschaft muss man ja unter anderem zehn Jahre Aufenthalt nachweisen.

Ibragim: Und sie kostet auch viel.

Nervt euch die ständige Rede von Integration?

Kazbeg: Ja. Ich habe mein Leben lang geschaut, dass ich mich integriere: gut Deutsch lerne, in der Schule aufpasse, keine Probleme mache. Trotzdem heißt es immer noch: Ja, aber die Tschetschenen... Verhalten und Lebensweisen kann man anpassen,

**„HABT IHR AUCH DAS GEFÜHL, DASS IHR IMMER EIN VORBILD SEIN MÜSST?“
TEKLA**

aber dein Aussehen wirst du niemals „integrieren“ können. In 20 Jahren habe ich vielleicht die Staatsbürgerschaft, aber dann wird immer noch gesagt werden: Ok, aber du siehst aus wie ein Tschetschene.

Tekla: Absolut, die Staatsbürgerschaft ändert die Fragen dann auch nicht: Wo kommst du ursprünglich her? Und du sprichst schon sehr gut Deutsch, gell? Du kannst dich weiterbilden, studieren etc., aber äußerlich bleibst du gleich.

Erlebt ihr Ausgrenzung und Rassismus im Alltag?

Kamila: Ja, ich war zum Beispiel beim Billa am Praterstern und rief meine Mutter an, um zu fragen, was ich ein-

kaufen sollte. Ich sprach auf Tschetschenisch. Hinter mir stand ein Österreicher, drehte sich um und sagte: „Du Tschuschin, sprich Deutsch“. Das traf mich schon, weil ich mich in diesem Land eigentlich so wohlfühle und ich hier aufgewachsen bin, meine Ausbildung gemacht habe und meinen Beitrag leiste.

Kazbeg: Meine Erfahrungen mit Rassismus machte ich auf der Straße mit Polizisten. Einmal kontrollierten sie zum Beispiel die Ausweise und Sachen von mir und einem Freund. Sie fanden nichts und sagten dann: „Was seid ihr für Tschetschenen? Habt ihr keine Waffen?“

Tekla: Habt ihr auch das Gefühl, dass ihr immer ein Vorbild sein müsst und zeigen wollt, dass „wir“ eh nicht so sind? Für uns Jugendliche ist das schon sehr anstrengend, finde ich, sich immer beweisen zu müssen und immer mehr zu machen als eigentlich gefordert ist, damit man die Vorurteile sprengt.



Ibragim: Ja, vor allem in der Schule.

Kamila: Ja. Ich habe das Gefühl, du musst und darfst dich bis zu einem bestimmten Punkt integrieren, aber ab diesem Punkt bist du bei einer Decke angelangt und merkst: So weit kann ich mich integrieren, weiter darf ich aber nicht kommen.

Ich bin jetzt 18 Jahre geworden und habe die Staatsbürgerschaft beantragt, merkte aber bei den Bedingungen, dass ich die gar nicht erfüllen kann, da ich bis dato bei meinen Eltern lebte und nichts verdiente. Die Generation unserer Eltern war eine andere. Sie hatte eine noch schwierigere Integration und dachte nicht daran nach zehn,

fünfzehn Jahren die Staatsbürgerschaft zu beantragen. Das sind Probleme mit denen wir, die nächste Generation, uns jetzt beschäftigen müssen.

Kazbeg: Meine Eltern waren nie so daran interessiert. Sie arbeiteten ihr Leben lang, sprachen nicht gut Deutsch und wussten auch nicht genau, wohin sie sich wenden sollten. Ich habe vor drei Jahren erst gecheckt, welche Nachteile ich dadurch habe. Da ich jetzt 18 bin, werde ich die Sache mit der Staatsbürgerschaft jetzt selbst mit der Hilfe einer Jugendarbeiterin angehen.

Tekla: Mein Vater meinte, dass er seine Staatsbürgerschaft, die Georgische, gar nicht aufgeben möchte. Es ist etwas, das ihn an seine Heimat erinnert und das würde er gerne behalten.

Kazbeg: Ich würde meine sofort hergeben.

Ibragim: Ich auch, das wäre kein Problem für mich.

Kazbeg: Wo ich auch einen Nachteil merkte, war bei Bewerbungen. Ich und ein Freund bewarben uns für eine Stelle. Mir sagten sie ab. Sie meinten, das sei zu viel Papierarbeit für sie, da ich keine österreichische Staatsbürgerschaft habe. Er hat die Staatsbürgerschaft und ihn hätten sie genommen.

Kamila: Ich sah das auch bei meinem Bruder, der unbedingt auf die Polizeischule gehen wollte, das war immer sein Traum, und es scheiterte dann wirklich an der Staatsbürgerschaft.

Tekla: Mir wurde für Bewerbungen empfohlen, dass ich bei meiner Mut-

tersprache auch Deutsch dazu schreibe, nicht nur Georgisch, da schon mein Name so kompliziert klingt. Seitdem schreibe ich das immer dazu.

Kazbeg: Die vielen Sprachen könnten ja ein Vorteil sein, aber die Menschen wollen kein Tschetschenisch hören. Wenn ich fließend Französisch oder Spanisch sprechen würde, würde das gut ankommen. Aber Tschetschenisch nicht.

Ibragim: Das klingt wohl zu gefährlich.

Fühlt ihr euch von der Politik angesprochen?

BEI DER POLIZEIKONTROLLE: WAS SEID IHR FÜR TSCHETSCHENEN, HABT IHR KEINE WAFFEN? KAZBEG

Tekla: Ich finde, noch nicht ausreichend. Dass wir politisch interessiert sind, sah man ja dieses Jahr mit den „Fridays for Future“- oder „Black Lives Matter“-Demonstrationen. Junge Menschen haben etwas zu sagen. Ich finde es auch super, dass zum Beispiel die Jugendzentren das Thema politische Bildung aufgreifen.

Kazbeg: Die Demos haben aber nicht viel gebracht, nur kurze Aufmerksamkeit. Ich war auf einer Demo gegen die Verfolgung der Uiguren in China, aber dann ist das Thema so schnell wieder abgeflacht.

Tekla: Demos sind ja da, um Aufmerksamkeit zu schaffen. Für den Rest ist auch die Politik zuständig.

Kazbeg: Ok, da muss ich zustimmen.

Tekla: Veränderungen finden ja auch längerfristig statt. In fünf Jahren wird sich das Staatsbürgerschaftsrecht vielleicht noch nicht geändert haben, aber man muss dranbleiben. Ich finde, wenn es sich lohnt, dann sollte man dafür kämpfen. Und es lohnt sich irgendwann.

Kazbeg: Das stimmt. Man sieht jetzt auch schon mehr Polizisten und Politiker mit Migrationshintergrund. Eigentlich würde ich gerne sagen, dass ich Österreicher bin, aber ich weiß nicht, ob ich das darf. Darf ich?

Tekla: Natürlich. Vielleicht ist Heimat keine Entscheidung, sondern ein Gefühl.

ZU DEN PERSONEN:

Tekla Scharwaschidze, 20 Jahre, Studentin, Gewinnerin des mehrsprachigen Redewettbewerbs „Sag's Multi“ 2014/2015, „European Student Think Tank“-Botschafterin, Vorstandsmitglied des „Sag's Multi/Konnex Alumni Clubs“, geboren in Georgien, lebt seit 18 Jahren in Österreich.

Kamila Iliasova, 18 Jahre, Maturantin, Gewinnerin des mehrsprachigen Redewettbewerbs „Sag's Multi“ 2016/2017, im Vorstandsteam des Vereins Serlo und ehrenamtlich u.a. beim Verein „Wirtschaft für Integration“ sowie bei „START Stipendium“ tätig, geboren in Tschetschenien, lebt seit 16 Jahren in Österreich.

Ibragim Kavkaliev, 19 Jahre, Schüler, geboren in Georgien, lebt seit 16 Jahren in Österreich.

Kazbeg Khaladov, 19 Jahre, Maturant, geboren in Tschetschenien, lebt seit 17 Jahren in Österreich.

ANTIRASSISMUS

Der Diskurs verändert sich

Anfang Juni nahmen beeindruckende 50.000 Menschen an der BlackLivesMatter-Demo in Wien teil. Die Ärztin und SPÖ-Bezirkspolitikerin Mireille Ngoosso war eine der OrganisatorInnen.

TEXT: MIREILLE NGOSSO



Der gewaltsame Tod von George Floyd durch die Polizei in Minneapolis hat Wellen bis nach Wien geschlagen. Anfang Juni sind 50.000 Menschen auf die Straße gegangen, um ihre Stimmen gegen Polizeigewalt und gegen strukturellen Rassismus in Österreich zu erheben. Gemeinsam mit Mugtaba Hamouda, Afro-Rainbow Austria und vielen anderen UnterstützerInnen habe ich Anfang Juni die erste #BlackLivesMatter-Demo in Wien organisiert. Dass so viele Menschen gekommen sind, haben wir nicht erwartet. Die Demo war einzigartig und hat uns alle mit ihrer Stärke und Kraft sehr berührt.

Ungerechtigkeiten endlich abbauen

Unser Ziel war es, das Thema struktureller Rassismus an die Öffentlichkeit zu bringen. Das haben wir geschafft.

Noch heute, mehr als 2 Monate danach, reden wir darüber, dass Alltagsrassismus und die dadurch entstehenden Ungerechtigkeiten endlich abgebaut werden müssen. Zusammen mit Verwaltung und Politik wird an Maßnahmen und Initiativen gefeilt –

Von Rassismus betroffen zu sein, heißt, von der Polizei aufgehalten zu werden. Nur wegen meiner Hautfarbe.

Antirassismus ist noch lange nicht vom Tisch. Aber wie wir alle wissen, kann die mediale Aufmerksamkeit für ein gesellschaftliches Problem schnell wieder verschwinden. Als Aktivistin steht für mich deshalb an erster Stelle, dafür zu sorgen, dass das Thema Antirassismus nicht untergeht. Als Politikerin, die im Oktober als erste schwarze Frau

zu den Wien-Wahlen antritt, werde ich auch im politischen Raum dafür weiterkämpfen, eine gerechte und gleichgestellte Gesellschaft zu schaffen.

Racial profiling

Was heißt es aber konkret, von Rassismus betroffen zu sein? Es heißt – so wie es meine Geschwister, Freunde und auch ich selbst schon oft erlebt haben – überraschend von der Polizei aufgehalten zu werden, ausgefragt und nach dem Ausweis gefragt zu werden. Und dass nur wegen der Hautfarbe. Diese Zustände müssen wir beim Namen nennen: Racial profiling. Rassismus zu erfahren, heißt auch gerade als Schwarze Frau, die in der Öffentlichkeit steht, nicht nur rassistischen Angriffen, sondern auch sexistischen Angriffen ausgesetzt zu sein. Diese Überlappung mehrerer Arten von Diskriminierung



Anlässlich der Tötung des Schwarzen US-Amerikaners George Floyd durch die Polizei in Minneapolis kam es global zu solidarischen Demos gegen Polizeigewalt und Rassismus.

lastet doppelt und dreifach auf den Schultern der Betroffenen. Was wir alle dagegen tun können ist: darüber reden, es öffentlich machen und anzeigen, polizeilich oder bei Stellen wie ZARA oder der Dokustelle.

Kolonialismus thematisieren

Auch wenn Österreich keine so grauenhafte Kolonialgeschichte hat wie zum Beispiel Belgien, Frankreich, Deutschland oder England hat Österreich dennoch von den europäischen Kolonialstrukturen jahrhundertlang profitiert. Auch das gehört angesprochen. In Schulen, in den Medien, politisch. Wenn wir Rassismus ernsthaft bekämpfen wollen, müssen wir diese Ideologie, die sich über viele Jahrhunderte in unserer Gesellschaft verankert hat, aufarbeiten.

Wir müssen offen darüber reden, dass

auch nach und in Österreich SklavInnen gehandelt wurden. Wir müssen darüber reflektieren, dass Österreich auch sehr vom Rohstoffraub aus den Ländern des globalen Südens profitiert hat und es immer noch tut. Wir müssen darüber reden, dass wir Menschen

Wir müssen darüber reflektieren, dass auch Österreich vom Rohstoffraub aus dem Globalen Süden profitiert.

als „Gast“arbeiterInnen ausgenutzt haben und ihnen nie Respekt oder politische Teilhabe zukommen haben lassen. Denn Menschen, die hier in Österreich geboren und aufgewachsen sind, haben kein Recht auf die Staatsbürgerschaft, wenn ihre Eltern keine ÖsterreicherInnen sind. Dabei spielt es keine Rolle, ob ihre Eltern seit Jahrzehnten in Öster-

reich arbeiten, Steuern zahlen und unser System am Laufen halten.

Solche Ungerechtigkeiten müssen wir klar ansprechen. Denn unsere Geschichte spiegelt sich heute im Alltagsrassismus wider. Wenn wir es ernst meinen damit, dass wir eine demokratische und offene Gesellschaft sind, ein Rechtsstaat, der die Würde des Menschen wahrt, dann dürfen wir nicht zulassen, dass Menschen auf ihre Abstammung und Herkunft reduziert und abgewertet werden. Denn wenn diese rassistische Ideologie weiterwächst, gefährden wir Mitbürgerinnen und Mitbürger, denn Rechtsextremismus und Gewalt werden genährt von Abwertung und Ausgrenzung. Gewalttaten, die auf rassistischen Motiven beruhen, sehen wir ständig überall auf der Welt. In dem wir auch unbewusste rassistische Strukturen aufdecken und anprangern, stellen wir uns Alltagsrassismus in den Weg. Erst wenn auch die unbewussten Rassismen in einer Gesellschaft reflektiert werden, kann sich etwas grundlegend verändern.

Brauchen inklusivere Strukturen

Dafür müssen wir eine inhaltliche Auseinandersetzung starten. Podiumsdiskussionen organisieren, Filme drehen und Artikel schreiben. Rassismus muss weiterhin Thema bleiben. Die Forderungen der BLM-Bewegung dürfen nicht wieder in den Hintergrund geraten. Wir müssen aufklären, Antirassismusseminare organisieren, inklusivere Strukturen anstreben – sowohl in der Exekutive bei der Polizei als auch in der Justiz, in Bildungseinrichtungen und in der Wirtschaft. Diese Initiativen müssen aber politisch gesetzt werden. Deshalb ist es unabdingbar,



Mireille Ngosso, Ko-Organisatorin der BlackLivesMatter-Demo in Wien auf der Bühne (li.). Aktivist fordert ein Ende des strukturellen Rassismus (re.).

dass unsere Stimmen politisch Gehör finden. Wir sollten auch unseren eigenen „Black History Month“ in Österreich organisieren. Denn wir haben so viele Schwarze Menschen in unserer Geschichte und in unserer Gegenwart, die in den Vordergrund gerückt werden müssen. Auch in Österreich lebten SklavInnen unter weißer Herrschaft. Auch in Österreich haben Schwarze Menschen im 1. Weltkrieg gekämpft. Auch in Österreich wurden Schwarze in Mauthausen ermordet. Das alles müssen wir uns bewusst machen und öffentlich thematisieren.

Gleichen Respekt

Zu guter Letzt ist eines für mich besonders wichtig: wir dürfen nicht vergessen, dass es niemals darum geht, die Gesellschaft auseinanderzudividieren. Die #BlackLivesMatter-Bewegung ist kein „wir gegen euch“ oder „weiß gegen schwarz“. Es ist eine gesellschaftliche Bewegung, in der wir uns miteinander solidarisieren. Alle, die hier leben, wollen den gleichen Respekt, die gleichen Bildungschancen, die gleichen Chancen am Arbeitsmarkt. Das Ziel der Bewegung ist, ein sichtbarer Teil der österreichischen Gesellschaft zu werden.

Die #BlackLivesMatter-Bewegung, wird uns neue Perspektiven geben, damit wir als Gesellschaft wachsen. Es

geht darum, Bewusstsein zu schaffen, zuzuhören und sich zu solidarisieren. Was sich seit der #BlackLivesMatter-Demonstration geändert hat? Seit der großen Demonstration in Wien ist eine Sensibilisierung für Rassismus auf unterschiedlichen Ebenen sichtbar. Viele neue Bündnisse und Netzwerke sind entstanden. Das Thema ist und bleibt in den Köpfen der Menschen. All das was auf Social Media und in den Medien publiziert wurde und als Bildungs-

Seit der großen Demo in Wien ist eine Sensibilisierung für Rassismus auf unterschiedlichen Ebenen sichtbar.

arbeit vermittelt wurde, hat sich gelohnt. Ich merke langsam, wie sich der Diskurs in der Gesellschaft verändert. Dass wir über rassistischen Namensgebungen wie die „Mohrengasse“ oder auch das „Mohrenbräu“ diskutieren, war für mich vor einigen Jahren noch unvorstellbar. Es haben sich neue Türen für BIPOC (Black, Indigenous and People of Color) in Österreich geöffnet. Wenn wir als erstes durch diese Tür gehen, werden es die Menschen, die nach uns kommen, leichter haben. Ich werde versuchen als erste Schwarze Frau in den Gemeinderat einzuziehen. Das wird ein Meilenstein. Dementsprechend positiv bin ich ge-

stimmt, was die Zukunft angeht. Die letzten Wochen haben mir politisch wieder viel Hoffnung und Zuversicht gegeben!

Mireille Ngosso ist hauptberuflich Ärztin im Krankenhaus Hietzing und gerade in der Ausbildung zur Allgemeinmedizinerin. Außerdem engagiert sie sich seit 10 Jahren in der SPÖ und ist seit Juni 2018 Bezirksvorsteher-Stellvertreterin der Inneren Stadt. Bei den kommenden Wien-Wahlen kandidiert sie für den Gemeinderat.

PARADIGMENWECHSEL?

Im Zuge der #BlackLivesMatter-Bewegung kam einiges ins Rollen, Konzerne bemühten sich, Solidarität zu zeigen. Nicht immer glaubhaft. Unilever teilte #BlackLivesMatter-Postings und erhielt dafür auf Social Media Kanälen harsche Kritik. Der Konzern sollte aufhören, Skin Whitening Cremes zu verkaufen und handelte sich den Vorwurf der Heuchelei ein. Starbucks hingegen, das sich als besonders soziales Unternehmen promotet, hatte seinen Angestellten Sympathiebekundungen verboten. Weniger Tage und einen Shitstorm später verteilte man 250.000 T-Shirts mit geballter Faust an seine Barista. In Österreich verkündete die Bierbrauerei Mohrenbräu, einen Markenprozess zu starten. Die „Mohren“-Apotheke in der Wiener Innenstadt kündigte eine Namensänderung an. (red)

UNABHÄNGIGE ERMITTLUNGEN

„Nur dem Parlament verantwortlich“

In England gibt es mit dem IOPC eine weisungsfreie Behörde, die bei Gewalt- und anderen Vorwürfen gegen die Polizei ermittelt. Ein Gespräch mit Regional-Direktor Derrick Campbell über institutionellen Rassismus, Bodycams und wiedergewonnenes Vertrauen.

INTERVIEW: GUNNAR LANDSGESELL

In Österreich ist eine unabhängige Behörde zur Untersuchung von Polizeigewalt geplant, Details wurden für Herbst angekündigt. Die Polizei soll nicht länger gegen sich selbst ermitteln. Menschenrechtsexperten wie Manfred Nowak oder Amnesty fordern das seit Jahren (siehe MO 59). In England und Wales gibt es mit dem IOPC (Independent Office for Police Conduct) so eine Stelle bereits. Sie ermittelt seit 2004 mit umfassenden Kompetenzen und vollkommen weisungsfrei, einzig dem Parlament verantwortlich. Aktiv wird das IOPC u.a. bei Todesfällen und schweren Verletzungen im Zuge polizeilicher Handlungen, bei Diskriminierung, Polizeikorruption oder bei Einsatz von Gewalt oder Waffen durch die Polizei. Regionaldirektor Derrick Campbell bezeichnet das IOPC als den „mächtigsten police watchdog der Welt“.

Englands Polizei hatte ein Problem mit Rassismus und Gewalt. Was hat sich seit der IOPC-Gründung verändert?

Wir haben 2004 unsere Arbeit aufgenommen, Auslöser war der Mord eines jungen Mannes namens Steven Lawrence aus rassistischen Gründen. Die Ermittlungen wurden zu einem echten Wendepunkt: bei allen involvierten Einrichtungen, sei es das Metropolitan



Derrick Campbell, Regional-Direktor für Midland, mit Sitz in Birmingham. Sein Team ist für 14 der 43 Polizeieinheiten von England und Wales zuständig.

Police Service, die Staatsanwaltschaft, die lokale Verwaltung oder der Nationale Gesundheitsdienst, überall wurde institutioneller Rassismus festgestellt. Sie alle behandelten ethnische Minderheiten anders als die weiße Mehrheitsgesellschaft. Die Ermittlungen wurden selbst Gegenstand von Untersuchungen, so konnte man das herausarbeiten. Bei

den Menschen verschiedener Communities entstand dadurch viel Misstrauen, insbesondere gegenüber der Polizei.

Wie hatte sich diese fehlende Kontrolle ausgewirkt?

3,3 Prozent der Bevölkerung in England sind Schwarz. Die Wahrscheinlichkeit, von der Polizei kontrolliert

zu werden, ist für Schwarze Menschen neun Mal höher als die von Weißen. Bevor das IOPC seine Arbeit aufnahm, musste die Polizei dafür keine Rechenschaft abgeben. Sie verhielt sich gegenüber „people of color“ diskriminierend und es gab keinen Mechanismus, der sie zur Verantwortung gezogen hätte. Das IOPC ist nun dieser Mechanismus. Wir wurden gegründet, um die Arbeit der Polizei zu untersuchen. Wir können Polizisten verhören, sie verhaften, wir können sie wegen Mordes zur Anklage bringen. Wir sind „the most powerful watchdog in the world“, wenn es um die Polizei geht.

Wie unterscheiden Sie zwischen individuellem und institutionellem Rassismus?

Ein Beispiel: Wenn meine Organisation sagt, jeder Schwarze muss angehalten und durchsucht werden, bin nicht ich als Polizist rassistisch, sondern die Policy meiner Organisation ist es. Im Fall einer Beschwerde sehen wir uns an, was der Grund der Anhaltung war, wir sprechen auch mit dem Polizeibeamten. Man kann nicht einfach jemand anhalten, nur weil einem danach ist. Es muss eine rechtliche Grundlage geben. Gibt es keine für uns schlüssige Begründung, dann ist der Beamte verantwortlich, dann kommt er vor ein Tribunal oder, falls es eine kriminelle Ebene gibt, vor Gericht. Der zweite Teil unserer Arbeit ist es, Veränderungen zu veranlassen. In diesem Fall sprechen mit der Polizei, die dafür Sorge tragen muss, dass ihre Beamten sich korrekt verhalten. Tut sie das nicht, ist sie dafür zur Verantwortung zu ziehen. Die Polizei muss sich einfach bewusst sein, dass sie Rechte hat, die normale Bürger nicht haben.

Wie werden Sie aktiv, entscheiden Sie das selbst?

Der Gesetzgeber hat uns völlige Unabhängigkeit garantiert, niemand in diesem Land kontrolliert uns. Wir sind allein dem Parlament verantwortlich,

also keiner Partei, egal ob links oder rechts, kein Innenminister kann uns eine Weisung geben. Das Gesetz ist sehr eindeutig formuliert. Auch Abgeordneten ist es nicht möglich, zu intervenieren, um eine Untersuchung zu stoppen oder Einfluss zu nehmen. Davon schützt uns das Gesetz. Zur Frage, wie wir aktiv werden: Sie als Bürger haben die Möglichkeit, sich zu beschweren, wenn Sie glauben, ungerecht behandelt worden zu sein. Sie reichen die Beschwerde bei der Polizei ein, entweder gegen den Polizeiapparat oder einen bestimmten Beamten. Dieser Beschwerde muss die Polizei nachgehen. Tut sie das nicht, kann sich der Bürger an uns wenden. Wir befragen dann die Polizei nach der Ursache und reagieren darauf dementsprechend.

Schwarze Menschen: „Die Wahrscheinlichkeit, angehalten zu werden, ist neun Mal größer als bei Weißen.“

In welchen Fällen werden Sie aktiv?

Wir sind für 200.000 Polizeibeamte in England und Wales verantwortlich. Es gibt jedes Jahr 34.000 Beschwerden, daraus wählen wir 700 bis 750 Fälle pro Jahr aus. Es geht um die schwerwiegendsten und sensibelsten Fälle. Das heißt, dass 98 Prozent der Fälle von der Polizei bearbeitet werden, wir ermitteln zum Beispiel nach Schusswaffengebrauch der Polizei, bei Korruption oder Machtmissbrauch. Wenn ein Polizist in eine Handlung verwickelt ist, in der ein Mensch stirbt, übernehmen wir die Ermittlungen. Der Polizei ist es nicht erlaubt, das selbst zu untersuchen. Genauso, wenn es um schwere Verletzungen im Zuge einer Amtshandlung geht. Das heißt noch nicht, dass es ein Fehlverhalten der Beamten gab, wir untersuchen das unabhängig. Solche Fälle gehen automatisch an uns. Ich kann als Regionaldirektor aber auch einfach aktiv werden, wenn ich etwas im Fernsehen sehe, dem ich

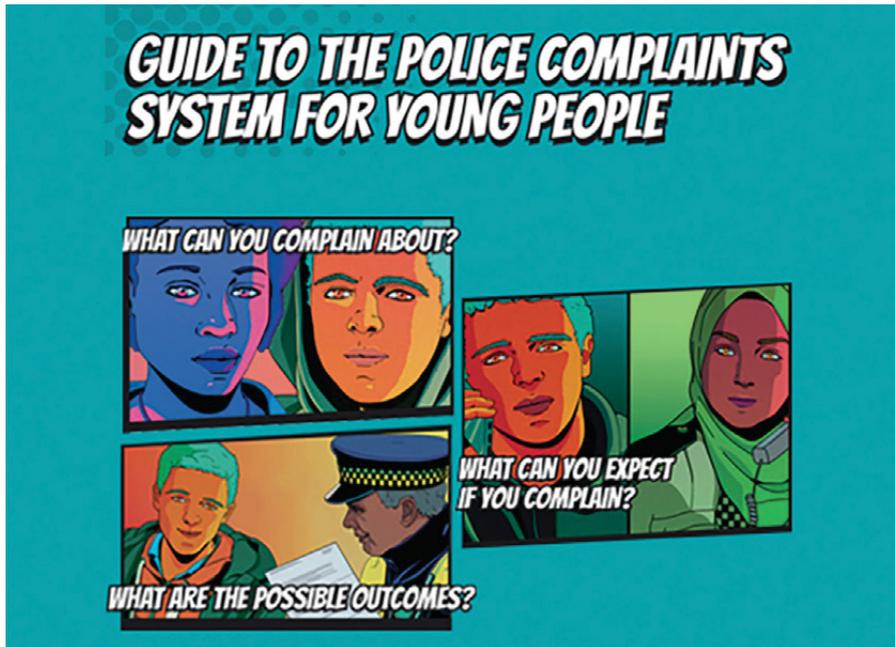
nachgehen möchte. Wir nennen das „The power of calling“. Die Polizei ist verpflichtet, mir unbeschränkt Einsicht zu gewähren, und zu kooperieren.

In Österreich wurden in einer Studie 1.500 Fälle in Wien und Salzburg untersucht, in denen der Polizei Misshandlung vorgeworfen wurde. Nur 7 Fälle kamen überhaupt vor Gericht. Der Menschenrechtsexperte Manfred Nowak sieht das Problem darin, dass die Polizei nicht die beste Ermittlungsinstanz gegen sich selbst ist. Und auch die Staatsanwälte sind zumeist auf Polizeiermittlungen angewiesen. Wie klingt das für Sie?

Das ist ganz eindeutig nicht effektiv, man kann seine eigene Arbeit nicht objektiv beurteilen. Das schafft auch kein Vertrauen in der Öffentlichkeit, was ein echtes Problem ist. Wir haben dieses System in England nicht, das würde nicht funktionieren. Aus diesem Grund ist auch die Anzahl ehemaliger Polizeibeamter im IOPC äußerst beschränkt. Ex-Polizisten sind nur in den Ermittlungsteams erlaubt, dort machen sie 21 Prozent aus. Ich selbst könnte meine Funktion nicht ausüben, wäre ich zuvor bei der Polizei gewesen. Das Gesetz formuliert sehr klar, dass die Polizei die Unabhängigkeit unserer Einrichtung in keiner Weise beeinträchtigen darf. Gerade deshalb sind wir so effektiv.

Wer bekommt die Ergebnisse Ihrer Ermittlungen? Gehen sie direkt an die Staatsanwaltschaft?

Falls wir bei einem Polizeibeamten ein Fehlverhalten feststellen, aber kein kriminelles Verhalten, dann schicken wir unsere Ermittlungsergebnisse zurück an die Polizei, also den Arbeitgeber des Beamten. Dort haben disziplinarische Maßnahmen zu erfolgen, also entweder eine Verwarnung oder auch eine Kündigung. Stellen wir Kriminalität fest, dann geht der Akt an die Staatsanwaltschaft, und im Fall einer Anklage an das Gericht weiter.



Das IOPC übernimmt die schwierigsten Fälle, etwa auch bei der Diskriminierung von ethnischen Minderheiten. D. Campbell: „Wir haben alle Möglichkeiten, die Wahrheit herauszufinden.“

In Österreich oder auch im Nachbarland Deutschland gibt es immer wieder Diskussionen über den so genannten „Korpsgeist“. Kollegen sprechen sich ab und schützen sich so gegenseitig im Fall von Untersuchungen. Gibt es solche Fälle in England?

In England nennen wir das „Band of brothers“, wenn die Polizisten die Reihen enger machen, um ihre Kollegen zu schützen. Wir registrieren das in England, aber sehr selten. Viel öfter sind Polizisten nicht bereit, problematisches Verhalten von Polizisten zu decken, sondern gegen sie auszusagen, oder sie zu melden. Ich denke, das hat viel mit der Gründung des IOPC zu tun. Wir können jederzeit Einsicht nehmen und ermitteln, sobald es einen Verdacht gibt. Wir können in Computer einsteigen, Telefonate abhören, die Häuser betreffender Beamter verwanzeln, die Kommunikation in ihren Autos abhören, wir können die Leute geheim überwachen. Wir haben alle Möglichkeiten, die Wahrheit herauszufinden.

In Wien gingen nach dem Tod von George Floyd 50.000 Menschen soli-

darisch gegen Rassismus und Polizeigewalt auf die Straße. Wie beurteilen Sie das Potenzial der #BlackLivesMatter Bewegung?

In dieser Diskussion sehe ich einen ganz wichtigen Punkt, wir müssen unbedingt zwischen individuellem und institutionellem Rassismus unterscheiden. Die Polizei in England ist nicht endemisch rassistisch, aber wir haben

Polizei ermittelt gegen sich selbst? „Das ist eindeutig nicht effektiv, das schafft auch kein Vertrauen.“

Praktiken gegen ethnische Minderheiten, die rassistisch sind.

Meinen Sie damit auch die Praktik des „racial profiling“?

Ja, definitiv. Die Wahrscheinlichkeit als Nicht-Weißer von der Polizei angehalten zu werden ist um ein vielfaches größer als für weiße Menschen. Die Frage ist aber, geht dieses Verhalten von einem Polizisten oder vom Polizeiapparat aus? Denn: Wie ist es zu beurteilen, wenn Schwarze oder Menschen aus Asien von schwarzen oder

asiatischen Polizisten gestoppt werden? Handeln die Polizisten dann rassistisch oder entsprechen sie den Vorgaben ihrer Organisation? Die #BlackLivesMatter Bewegung spricht im Fall der Tötung von George Floyd von Rassismus. Beteiligt waren ein Latino, ein Asiate und ein Weißer, man spricht aber nur von dem weißen Polizisten. Wir müssen uns aber ansehen, woher die Motivation für dieses Verhalten kommt. Es ist der Polizeiapparat, der rassistisch ist. Das ist mir ganz wichtig. Egal, welche Farbe der Polizist auf der Straße hat, er führt aus, was der Polizeiapparat ihm vorgibt. Das ist der Hebel, an dem man ansetzen muss. Man muss das Gebahren der Polizei selbst verändern, um das Verhalten der Polizisten zu ändern.

Bei Beschwerden gegen die Polizei steht Aussage gegen Aussage. In Österreich spielten Handy-Videos in einigen Fällen, in denen Polizisten unter Verdacht standen, unmäßige Gewalt anzuwenden, eine entscheidende Rolle. Wie wichtig sind solche Videobeweise und welche Rolle spielen Bodycams bei Ihrer Arbeit?

Es ist gut, dass wir alle Mobiltelefone haben, und noch besser ist, dass es seit einiger Zeit ein Gesetz gibt, das Polizisten zum Einsatz von Bodycams verpflichtet. Das hatte einen massiven Einfluss auf die Anzahl der Beschwerden, es gibt ganz klar weniger Beschwerden, weil es durch die Bodycam einen unabhängigen Zeugen gibt.

Die Körperkamera, und auch Leute, die bei Polizeieinsätzen mitfilmen, haben es Polizisten viel schwerer gemacht, sich aus einem Fehlverhalten herauszureden. Sie können nicht mehr ihre eigene Version erzählen und hoffen, damit durchzukommen. Und natürlich ist dieses Bildmaterial für unsere Ermittlungen beim IOPC extrem wichtig. Insgesamt hatte die Einführung der Bodycams aber einen positiven Einfluss auf das ganze Land.

REFLEXION

Es ist nicht genug, gegen Rassismus zu sein, wenn du gegen Rassismus bist

ESSAY: JAD TURMAN

Als ich noch in Syrien war und zur Mehrheit gehören durfte, stellte ich meine Privilegien nie in Frage und wusste nicht viel über Rassismus. Doch als ich nach Österreich kam, begann ich, mich durch die eigene Betroffenheit intensiv damit zu befassen. Aber ich merkte, dass darüber zu reden bei einigen FreundInnen auf Abneigung stieß. Denn Rassismus existiert aus der Sicht vieler Menschen nicht mehr, und wenn, dann sind es nur vereinzelt grausame Verbrecher, die rassistisch handeln, und wir haben damit nichts zu tun. Daher hätte ich mich, ohne die aktuellen Ereignisse, diesen Beitrag nicht zu schreiben getraut. Ich muss auch ehrlich gestehen, dass ich früher selbst ähnlich gedacht habe. Ich erinnere mich mit Schmerz und Reue an eine meiner Mitschülerinnen in der ersten Klasse, die aus Somalia stammte. Meine Mitschüler und ich haben immer wieder vor ihr ein „Schokolade-Lied“ gesungen ... Dafür schäme ich mich. Ich wünschte, ich könnte mich bei ihr entschuldigen ... Nun möchte ich euch eine kleine Geschichte über den Rassismus erzählen: In Südafrika lebte im Jahr 1971 das damals noch unverheiratete Paar Mr. Whitley & Mrs. Sherin. Er ist weiß



Eine Karte aus Nazi-Deutschland, die die Nürnberger Rassegesetze von 1935 erklärt.

und sie dunkelhäutig mit indischen Wurzeln. In Südafrika des Jahres 1971 hätten die beiden im Falle einer Heirat gegen drei grundlegende Gesetze des Landes verstoßen: So war die Ehe zwischen verschiedenen „Rassen“, außer-ehelicher Sex mit anderen „Rassen“ und

Die Überlegenen erfanden eine Pyramide der menschlichen „Rassen“ - an der Spitze stand der weiße Mann.

das Wohnen von Menschen bestimmter „Rasse“ in anderen Gebieten als in denen, die für sie bestimmt waren, verboten. Das war noch nicht Nelson Mandelas Südafrika, sondern ein Südafrika der Apartheid und der Rassentheorie. Mitte der siebziger Jahre flohen die

beiden nach Botswana und heirateten dort. Danach wanderten sie nach Norwegen aus und landeten letztlich in Liverpool. Weil sie den Traum, in ihre Heimat zurückzukehren, nicht aufgeben wollten, schickte Mr. Whitley 1981 einen Brief an den Premierminister Südafrikas, Peter Willem Botha, indem er ihn bat, seine „Rasse“ neu klassifizieren zu lassen. Mr. Whitley wollte seine Einstufung trotz seiner Hautfarbe und seines Namens ändern lassen und als „Non-White“ gelten. Sein Antrag wurde akzeptiert und das Paar kehrte nach Südafrika zurück. So absurd diese Geschichte auch erscheinen mag, noch erschreckender ist, dass sie sich erst vor 39 Jahren ereignet hat. Wie ist dieses abscheuliche System zustande gekommen?

Kolonialismus und Rassismus

In seinem Buch "Postcolonial Studies" erklärt Bill Ashcroft 2005, wie stark die Rassistheorie mit der Tendenz der westlichen Länder nach Expansion zusammenhängt, und wie groß der Drang bei diesen mächtigen Ländern war, ihre ethische Überlegenheit bei den kolonialisierten Ländern durchzusetzen - primär durch den sogenannten Binäritätismus, der auf der folgenden Dualität beruht: „Ich bin zivilisiert und du bist primitiv. Und deswegen kam ich, um dich zu belehren und zu zivilisieren. Es ist eine schwere Aufgabe für mich, aber möge Gott mir dabei helfen.“

Mit der Zeit wurde der Bedarf immer größer, diese fragile Vorgehensweise zu stützen. Denn die mörderische Art und Weise der Kolonialherren, wie sie ausbeuteten und versklavten, stand in Widerspruch zu ihren moralischen und ethischen Überlegenheitsbehauptungen. So entstand eine kognitive Dissonanz und es musste eine Lösung her. Und damit wurde die Idee der Rassistheorie geboren. Die Überlegenen sahen sich gezwungen, eine Pyramide der menschlichen „Rassen“ zu erfinden, und natürlich stand an deren Spitze der arme weiße Mann, der auf seinen Schultern die Erlösung der Menschheit trägt.

Und so entwickelten sich im 17. Jahrhundert unzählige Theorien und Konzepte über die angeblichen „Rassen“, eine nach der anderen wurde veröffentlicht. Auch der berühmte schottische Philosoph David Hume, der 1776 starb, schrieb in seinem Buch „National Characters“: „Ich tendiere dazu zu glauben, dass die Neger generell und alle anderen Menschenrassen von Natur aus den Weißen unterlegen sind.“ Ich werde einige aufzählen, auch wenn sie dasselbe Narrativ beinhalten.

Im Jahr 1805 erklärte der französische Wissenschaftler Georges Cuvier als Erster die drei „Rassen“: weiß, schwarz



Schautafel „deutscher Rassen“, Eigentum des Deutschen Historischen Museums.

und gelb, und deren Unterschiede. Im Jahr 1853 erschien das einflussreiche Buch, das im Bereich der Rassistheorie bei weitem gefährlicher war als alle anderen. Ein Buch, das Richard Wagner, Friedrich Nietzsche und Adolf Hitler begeisterte. Das Buch "The Inequality of Human Races" von dem französischen Diplomaten Arthur de Gobineau. Gobineau war der Meinung, dass die Weißen entwickelter und schöner als die Schwarzen und die Asiaten wären. Das war ihm aber nicht genug. Er teilte jede „Rasse“ in weitere Kategorien ein. Das heißt, wenn du weiß bist, muss es nicht automatisch

In den USA reichte die Segregierung der Gesellschaft bis in die 1960er Jahre.



sein, dass du an der Spitze der Pyramide bist. Es gibt einen Weißen und einen Weißen. Der Arier ist natürlich an der Spitze, aber, was für ein Zufall, er und alle anderen, die darüber schrieben, klassifizierten sich als Arier.

Der Literat Rudyard Kipling (bekannt durch „Das Dschungelbuch“, 1894) vertrat die These von der „Bürde des weißen Mannes“ und von seiner Bestimmung, die Völker der Erde zu erleuchten und zu zivilisieren.

Der deutsche Biologe Alfred Ploetz prägte 1895 den Begriff Rassenhygiene und meinte: „Der Unterschied der Intelligenz zwischen einem Weißen und einem Schwarzen ist genau derselbe wie zwischen dem Schwarzen und einem Gorilla.“

Auch der amerikanische Schriftsteller Mark Twain, der für seine Werke „Die Abenteuer des Tom Sawyer“ und „Die Abenteuer des Huckleberry Finn“ bekannt ist, sagte in einer Rede im Dezember im Jahr 1867: „Entweder bringen wir sie alle um oder wir geben ihnen Seife und Bildung. Denn wenn wir Indianer ausbilden und waschen, werden sie automatisch aussterben.“ Die Sache mit der Seife kam bis ins 21. Jahrhundert. Vor drei Jahren machte die Kosmetikfirma Dove eine Werbung über ein Produkt, das „die Hautfarbe mit jeder Anwendung von schwarz zu weiß macht.“

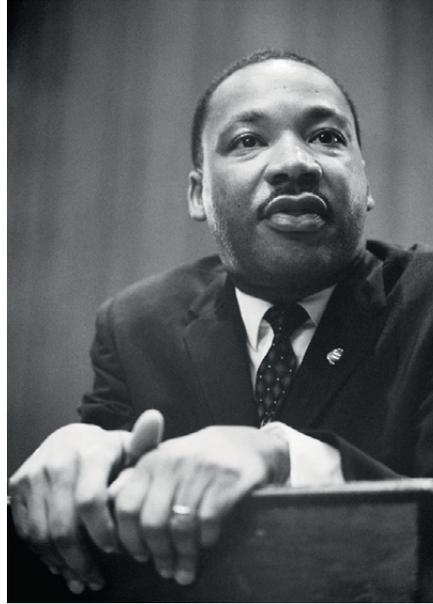
Apropos Seife und Amerika: Die US-amerikanischen Soldaten hatten im Zweiten Weltkrieg, in dem sie Europa von den Nazis befreien wollten, getrennte Badezimmer für Weiße und Schwarze. Auch die Blutbank war dementsprechend getrennt. Denn es ging in diesem Konflikt hauptsächlich ums Blut. Nicht nur das: die ganze US-Armee war in Einheiten für weiße und schwarze Soldaten geteilt, die getrennt ihren Dienst versahen, getrennte Unterkünfte hatten und meist auch getrennt in den Kampf zogen. Erst



Der deutsche Biologe Alfred Ploetz, Vorreiter der „Rassenhygiene“.

1948 hat der US-Präsident Harry Truman die US-Armee „de-segregiert“. Im Korea-Krieg durften dann weiße und schwarze Soldaten schon gemeinsam im Schützengraben liegen und nebeneinander sterben.

Wenn wir das Bild des Rassismus vom 18. Jahrhundert bis Mitte des 20. Jahrhunderts zusammenfassen, ergibt sich ein roter Faden des wissenschaftlichen Rassismus, „Scientific racism“, der die Sprache und die Wissenschaft ausnutzt, um die Menschen durch körperliche, optische, aber auch kulturelle und traditionelle Unterschiede in „Rassen“ aufteilen zu können, und diese Unterschiede als natürliche Legitimation für die Über- und Unterlegenheit der einzelnen Gruppen festsetzt. Natürlich gab es Denker und Wissenschaftler, die diesen Theorien widersprachen, aber sie waren in der Minderheit und fanden wenig Gehör. Franz Boas vertrat im Jahr 1911 in seinem Buch „The Mind of Primitive Man“, die Meinung, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Rasse, Kultur und der Sprache gibt. Es gebe auch keinen Unterschied zwischen den Gehirnen der so genannten „Primitiven“ und der „Zivilisierten“. Es gebe überhaupt gar keine reinen „Rassen“.



Martin Luther King, Bürgerrechtler gegen die „Rassentrennung“, er wurde 1968 ermordet.

Diese und ähnliche Stimmen gegen die gängigen Rassentheorien wirkten aber meist kontraproduktiv und konnten die Massaker nicht stoppen. Der wissenschaftliche Rassismus sah sich genötigt, einen weiteren Schritt zu gehen. Das Ergebnis war die hässlichste Union, die die Menschheit jemals erlebt hatte: Die Vereinigung zwischen dem Rassismus, der Biome-

Der Nationalsozialismus war keine Abweichung von europäischen Werten, sondern Folge tief verwurzelter Ideologie.

dizin und dem Nationalsozialismus. In Deutschland begann nach den USA und einigen anderen europäischen Ländern die Zeit der Zwangssterilisationen. Das 1920 erschienene Buch „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“ von Alfred Hoche und Karl Binding war für die Nazis wie ein Kompass. Es verschaffte ihnen laut John Cornwell, der das Buch „Hitler's Scientists“ schrieb, ein ruhiges Gewissen, Tausende von „lebensunwerten“ Menschen zu ermorden.

So gesehen war der Nationalsozialismus keine Abweichung von den europäischen Werten, sondern die

nachvollziehbare Folge einer tiefverwurzelten Ideologie von Diskriminierung, Überheblichkeit und Vernichtung.

Leider sind die Auswirkungen der langen Tradition des Rassismus bis zum heutigen Tag in verschiedenen Facetten unseres Lebens zu sehen. Unsere Gesellschaft ist davon auf mehreren Ebenen stark geprägt. In Filmen und Werbungen. In Schulen und Universitäten. Im Vorstellungsgespräch und bei der Partnersuche. Auch im Sport, so zum Beispiel als die Fußballspieler Samuel Eto und Didier Drogba während eines Spiels mit Bananen beworfen wurden und die Fans Affengeräusche nachahmten. Rassismus hat viele Gesichter: Fremdenfeindlichkeit, Homophobie, Antisemitismus, Chauvinismus oder Islamophobie. Er kann sogar so hasserfüllt sein, dass er einen Mann dazu motiviert, mit einer Kamera und einer Waffe in zwei Moscheen in Neuseeland einzudringen, kaltblütig 51 Menschen niederzuschießen und dies live auf Facebook zu senden. Oder, dass er einen Polizisten dazu bringt, einen verdächtigen schwarzen Mann, der bereits gefesselt auf dem Boden liegt, mit dem Knie auf seinem Nacken mit seinem ganzen Gewicht minutenlang zu fixieren, bis er stirbt.

Rassismus lebt nicht per se von der Hautfarbe, sondern von „Othering“. Der Begriff Othering kann übersetzt werden mit „jemanden zum Anderen machen“. Es braucht immer die „Anderen“, um auf sie alle Defizite, negativen Eigenschaften und Hass projizieren zu können.

Rassismus ist kein Monopol der Weißen. Jeder weist auf die eine oder andere Weise rassistische Denkmuster gegenüber bestimmten Menschen auf. Vor einer Woche war ich mit einem schwarzen Freund in einem Restaurant zum Abendessen. Die Kellnerin hörte unser Gespräch und sagte beim Vorbeigehen: „Ich bin auch schwarz“ und ging weiter. Wir haben nicht verstanden, was sie meinte. Nach einigen

Sekunden kehrte sie zurück und setzte sich zu uns. „Als ich vor Jahren aus Hamburg mit meiner Tochter hierhergezogen bin, ging meine Tochter in die zweite Klasse. Am ersten Tag fand sie nach einer Pause in ihrem Heft die erste Willkommensnachricht: „Scheiß Deutsche ...“, erzählte sie uns, warum sie auch schwarz ist, obwohl sie und ihre Tochter blond und blauäugig sind. Rassismus existiert und es ist kein Problem der Rechtsextremen, sondern ein gesellschaftliches, alltägliches Problem, das einer nüchternen institutionellen Auseinandersetzung bedarf.

Manchmal handeln wir rassistisch, ohne es zu wissen oder zu wollen, und manchmal meinen wir es gut, aber wir treten ins Fettnäpfchen. Doch Unwissenheit schützt uns nicht davor, jemanden zu verletzen.

Vor drei Monaten hatte ich einen Zahnarzttermin in einer sehr intensiven Zeit meines Lebens. Ich hatte mehr als sechs Auftritte pro Woche. Manchmal hatte ich Veranstaltungen an zwei verschiedenen Orten am selben Tag.

Pünktlich bin ich bei dem Termin erschienen. Erschöpft lag ich auf dem Behandlungstuhl, versuchte mich zu entspannen und die wacklige Füllung in meinem Zahn mit der Zunge zu fixieren. Nach einigen Minuten kam die Zahnärztin eilig auf mich zu. „Na, wie geht's?“, gab sie mir lächelnd die Hand. Routiniert wechselte sie die zerfallene alte weiße Füllung aus, ging zum Computer und machte mir Vorschläge für den nächsten Termin. Ich nahm währenddessen einen kleinen Spiegel und versuchte, die neue Füllung zu sehen. Und Bumm: Überraschung! Eine graue Füllung aus Amalgam steckte in meinem Zahn. Ich war irritiert und wusste nicht, was ich sagen soll. Ich begann, mir Ausreden auszudenken. Vielleicht war das nur vorübergehend - eine provisorische Füllung. Aus irgendeinem Grund traute ich mich nicht zu fragen. Am Abend traf ich zufällig vor dem Haus eine Freundin, die vor ihrer Karenz als Zahnarztgehilfin gearbeitet hatte. Als ich ihr von



Mediziner Karl Ernst von Baer und seine „unterschiedlichen Prinzipien der Menschenrassen.“

dem Termin am Morgen erzählte, sagte sie: „Oje, das haben wir normalerweise nur den Bauern gegeben. Aber seit Jahren verwenden wir diese Füllung nicht mehr. Sie hätte dich fragen sollen.“ Ich fühlte Knoten im Bauch, und mein Kopf begann sich die verschiedenen Szenarien auszudenken, warum sie das gemacht hatte. Weil ich Flüchtling bin? Am nächsten Abend

Rassismus umhüllt sich immer wieder mit neuen Mustern und Gesichtern.

musste ich nach Bad Ischl zu mehreren Terminen fahren. Aber so konnte ich nicht auftreten und einfach lustig sein. Jedes Mal, wenn ich den Amalgamgeschmack wahrnahm, stieg die Wut in mir hoch. In der Früh rief ich sie an, wusste jedoch nicht, was ich sagen soll. „Es hat mich traurig gemacht“, sagte ich, ohne zu überlegen. „Ich werde Sie schon gefragt haben“, konterte sie. Ich versicherte ihr, dass ich nicht gefragt worden war, und schwieg eine Weile. Letztendlich gab sie mir einen Termin, sodass ich von Bad Ischl direkt zu ihr fahren durfte. An diesem Tag empfing sie mich mit einem gro-

ßen Lächeln, und sie wirkte weniger gestresst und schaute mir länger in die Augen. „Es tut mir leid, ich wollte Ihnen die Kosten der teuren Füllung ersparen. Sie haben bereits bei einem anderen Zahn eine Amalgamfüllung, daher nahm ich an, es sei in Ordnung“, sagte sie mir in ehrlichem Ton und begann die Füllung zu wechseln. Am Ende gab sie mir einen neuen Termin, um die alte Amalgamfüllung, die ich 2009 beim Militär bekommen hatte, zu wechseln. Erleichtert und erlöst hatte ich das Bedürfnis, an der Salzach entlang spazieren zu gehen ...

Es ist für niemanden mehr ein Geheimnis, dass wir unserem Schubladendenken oft ausgeliefert sind, aber das ist keine Rechtfertigung. Wir können darauf Einfluss nehmen und die Schubladen neu sortieren oder aus ihnen einen großen Schrank machen.

Natürlich ist das kein einfacher Prozess, denn er ist oft von Schuld und Schamgefühlen begleitet, und diese Gefühle führen meist zu Verdrängung und Tabuisierung von Rassismus. Das ist gefährlich, denn Rassismus wird nie von selbst verschwinden, wenn wir ihm nicht ihn die Augen schauen und ihn benennen. Im Gegenteil. Er umhüllt sich immer wieder mit neuen Mustern und Gesichtern. Die deutsche Rock-Band Die Ärzte drückt das in einem Lied so aus:

“Es ist nicht deine Schuld, dass die Welt ist, wie sie ist, es wär' nur deine Schuld, wenn sie so bleibt.”

Es ist nicht genug, gegen Rassismus zu sein, wenn du gegen Rassismus bist.

Jad Turjman, 1989 in Damaskus geboren, studierte englischsprachige Literatur an der Universität. Als er 2014 einen Einberufungsbefehl erhielt, entschied er sich mit dem Rückhalt seiner Familie zur Flucht. Darüber kann in seiner Autobiographie „Wenn der Jasmin auswandert“ (2019) gelesen werden. In Österreich hat er drei Jahre als Asylbetreuer beim Samariterbund gearbeitet. Seit 2018 ist er Gruppenleiter bei dem Projekt „Heroes“.



Der österreichische Sozialstaat erlebt in der Krise eine Sternstunde. 69 Prozent aller Staatsausgaben fließen in Soziales, Gesundheit und Bildung.

UMVERTEILUNG

Solidarität in Zeiten von Covid

In Zeiten der Corona-Krise erlebt der Sozialstaat eine Sternstunde. Aber wer trägt die Hauptlast der Krise? Gerade jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um die Verteilungsfrage in unserer Gesellschaft neu zu diskutieren.

TEXT: MARKUS MARTERBAUER
ILLUSTRATION: EVA VASARI



und Karrieren über viele Jahre leiden. Ältere Arbeitslose hatten es bereits vor der Krise extrem schwer, nun ist ein Wiedereinstieg in gute Jobs kaum zu schaffen. Die Langzeitbeschäftigungslosigkeit nimmt besorgniserregend zu. Bereits nach wenigen Monaten Arbeitslosigkeit steigt die Armutsgefährdung, nach einem Jahr ohne Job sind mehr als die Hälfte betroffen und die Chancen schwinden, wieder aus Armut und Arbeitslosigkeit herauszukommen. Die Covid-Krise droht nicht nur bei Langzeitarbeitslosen zu Armut zu führen, sondern auch bei deren Familien: 60 Prozent aller Kinder, in deren Haushalt eine Person langzeitarbeitslos ist, sind armutsgefährdet.

Die Arbeitslosen tragen unmittelbar die Hauptlast der Krise gemeinsam

Die Krisenlasten werden besonders von Arbeitslosen und kleinen Selbständigen getragen.

mit jenen zigtausend kleinen Selbständigen, denen Umsätze und Einkommen von einem Tag auf den anderen weggefallen sind und von denen viele in Konkurs gehen werden.

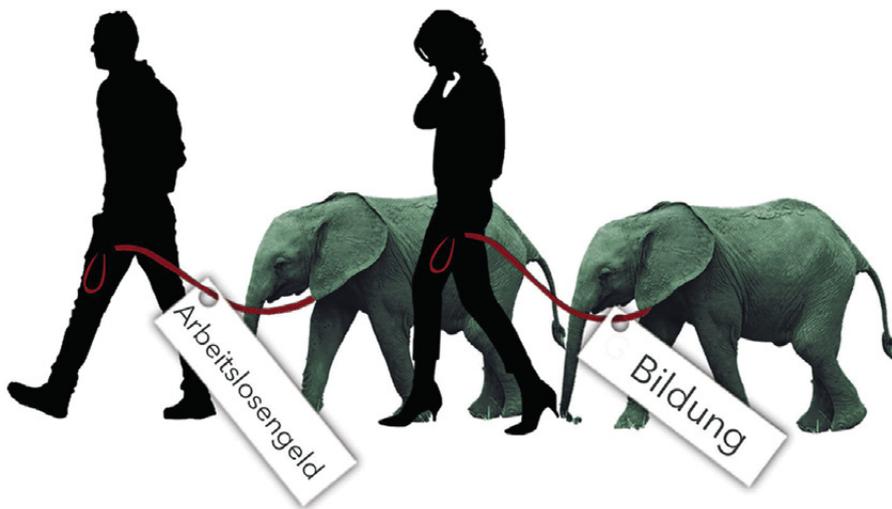
Während es den Sozialpartnern rasch gelungen ist, mithilfe der großzügigen Kurzarbeit hunderttausende Jobs zu sichern, blieb die Arbeitsmarktpolitik viel zu lange inaktiv. Erst für den Herbst sind aktive Maßnahmen angekündigt, etwa eine Arbeitsstiftung. Jugendliche brauchen aber sofort zehntausende zusätzliche Ausbildungsplätze in überbetrieblichen Lehrwerkstätten, weiterführenden Schulen, Fachhochschulen und Unis. Arbeitslose brauchen Programme zur Qualifizierung und Umschulung aus Krisenbranchen wie dem Tourismus in Zukunftsjobs in Technik, Klima, Bildung und Pflege. Die 120.000 Langzeitbeschäftigungslo-

sen benötigen garantierte Jobs im kommunalen und gemeinnützigen Bereich. Die Krisenlasten werden besonders von Arbeitslosen und kleinen Selbständigen getragen. Das ist ungerecht. Vergleicht man Österreich insgesamt mit anderen Ländern, so zeigt sich: Wir kommen relativ gut durch die Krise. Hier bewährt sich vor allem unser Gesundheitssystem. So oft haben die SozialstaatsgegnerInnen es der Ineffizienz und Geldverschleuderung gezogen und zur Privatisierung auserkoren. Doch der Vergleich macht sicher: Die USA geben gemessen an der Wirtschaftsleistung um 70 Prozent mehr für Gesundheit aus als Österreich. Trotzdem sind dort viele Menschen nicht adäquat versorgt, Millionen verlieren in der Covid-Krise mit dem Job auch die Krankenversicherung. Gleichzeitig lassen sich manche Reiche schnell einmal für den Fall des Falles eine kleine Covid-Privatklinik bauen. Hingegen zahlen im sozialen Gesundheitsmodell Österreich alle nach Leistungsfähigkeit ein, Gesundheitssystem und Krankenversicherung bieten für die gesamte Bevölkerung eine Versorgung mit Leistungen guter Qualität. Und doch kann man immer noch besser und leistungsfähiger werden.

Gleiches gilt für das öffentliche Bildungssystem. Öffnung und Ausbau haben seit den 1970er Jahren wesentlich zu gesellschaftlicher Integration, wirtschaftlichem Erfolg und breitem Wohlstand beigetragen. In der Covid-Krise gilt es besonders jene Kinder und Jugendliche mit bildungsfernem familiären Hintergrund zu unterstützen, die durch schwieriges Homeschooling, beengte Wohnverhältnisse und Armut in ihren Entwicklungschancen beeinträchtigt sind.

Besonders hilft in der Krise auch das Modell der Arbeitslosenversicherung für unselbständig Erwerbstätige: Ver-

Um 112.174 lag die Zahl der Arbeitslosen im Juli, dem fünften Monat der Covid19-Krise, höher als ein Jahr zuvor: Der schlimmste Anstieg der Arbeitslosigkeit seit 1945. Für die Betroffenen bringt er gewaltige Existenzsorgen. Sie verlieren bis zu 45 Prozent ihres Einkommens und die Jobaussichten verschlechtern sich auf Dauer. Besonders bei Jugendlichen, denen Covid den Einstieg ins Berufsleben vermässelt und deren Einkommen



Die Krisenlasten können leichter von den wirtschaftlich Starken geschultert werden.

liert man den Job, so erfolgt verlässlich die Auszahlung des Arbeitslosengeldes. Das symbolisiert den verlässlichen Sozialstaat. Weitere Verbesserungen sind sinnvoll, etwa das Arbeitslosengeld von 55 Prozent des letzten Nettoeinkommens auf 70 Prozent zu erhöhen, um Armut zu verhindern. Sinnvoll wäre die Einführung einer ähnlichen sozialen Pflichtversicherung für Selbständige mit leistungsabhängigen Beiträgen und promptem Versicherungsschutz statt monatelangem Warten auf unzureichende Almosen.

Der österreichische Sozialstaat erlebt in der Krise eine Sternstunde. 69 Prozent aller Staatsausgaben fließen in Soziales, Gesundheit und Bildung. Dieser starke Sozialstaat gibt Wohlstand, Sicherheit und Gerechtigkeit für alle. Die Sozialstaatsgegner*innen erklären ihn gerne für verkrustet, bankrott und reformunfähig, sie sprechen von Pensionsbomben und Steuerexzessen und empfehlen den Abbau von Sozialleistungen, Kürzungen von Mitteln auch für die Ärmsten, darunter Langzeitarbeitslose, um Steuersenkungen für die Reichen finanzieren zu können. Doch in der Krise sind sie auffällig still.

Jetzt wollen sie nicht als Sozialstaatsgegner*in dastehen und in eine Verteilungsdebatte geraten. Doch genau diese Verteilungsdebatte ist überfällig. Es

ist falsch, wenn die Hauptlast der Krise von den hunderttausenden Arbeitslosen und Ein-Personen-Unternehmen, von Kindern und Jugendlichen getragen wird. Die Krisenlasten können leichter von den wirtschaftlich Starken geschultert werden. Vermögende, ErbInnen, SpitzenverdienerInnen sind wenig von der Krise betroffen. Sie müssen gerade in dieser schwierigen Zeit mehr zur Finanzierung des Gemein-

Abgaben auf hohe Vermögen und Erbschaften können Milliarden für die Finanzierung sozialer Leistungen bringen.

wesens und des Sozialstaates leisten. Progressive Abgaben auf hohe Vermögen, Erbschaften und Einkommen können jährlich ein Milliardenaufkommen für die Finanzierung sozialer Leistungen bringen. Gleichzeitig können so die immensen Gefahren eingedämmt werden, die vom Überreichtum auf Gesellschaft und Demokratie ausgehen. Etwa wenn MilliardärInnen über ihren Einfluss auf Medien die Berichterstattung beeinflussen, über Parteispenden politische Entscheidungen zu ihren Gunsten drehen oder über die Finanzierung von Think Tanks Vermögenssteuern verhindern und Druck auf Kürzungen im Sozialstaat machen.

Jetzt ist die Zeit, den Sozialstaat zu verbessern. Dabei geht es auch um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der im Sozialbereich Beschäftigten. Diese leisten harte Arbeit, die zu wenig Anerkennung findet. Das Gehaltsniveau in Pflege oder Kindergärten bleibt zum Teil deutlich hinter Büro- oder Industriebjobs zurück. Bessere Arbeitsbedingungen betreffen verlässliche Dienstpläne, ausreichende Personalausstattung, kürzere Arbeits- und mehr Erholungszeiten. Beteiligungsmöglichkeit an der Gestaltung von Arbeit, Politik und Gesellschaft müssen verbessert werden, im Fall vieler ausländischer Beschäftigter im Sozialbereich betrifft das auch Staatsbürgerschaft und Wahlrecht. Das wäre Gerechtigkeit für die HeldInnen der Covid-Krise.

Die Covid-Krise lässt uns alle individuelle Verwundbarkeit spüren. Wir sind auf die Hilfe und Solidarität in der Gesellschaft angewiesen. Solidarität zwischen Gesunden und Kranken, Beschäftigten und Arbeitslosen, Jungen und Alten, zwischen wirtschaftlich Starken und Schwachen, im Sozialstaat und über die nationalen Grenzen hinaus, gegenüber den gesundheitlich am schwersten betroffenen Regionen sowie den vergessenen Geflüchteten.

Markus Marterbauer leitet die Wirtschaftswissenschaft in der Arbeiterkammer Wien, er ist Vizepräsident des Fiskalrates, Experte im Budgetausschuss des Nationalrates und Mitglied des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen. Twitter: @MarterbauerM 2011 erschien sein Buch: „Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle“ im Deuticke Verlag.

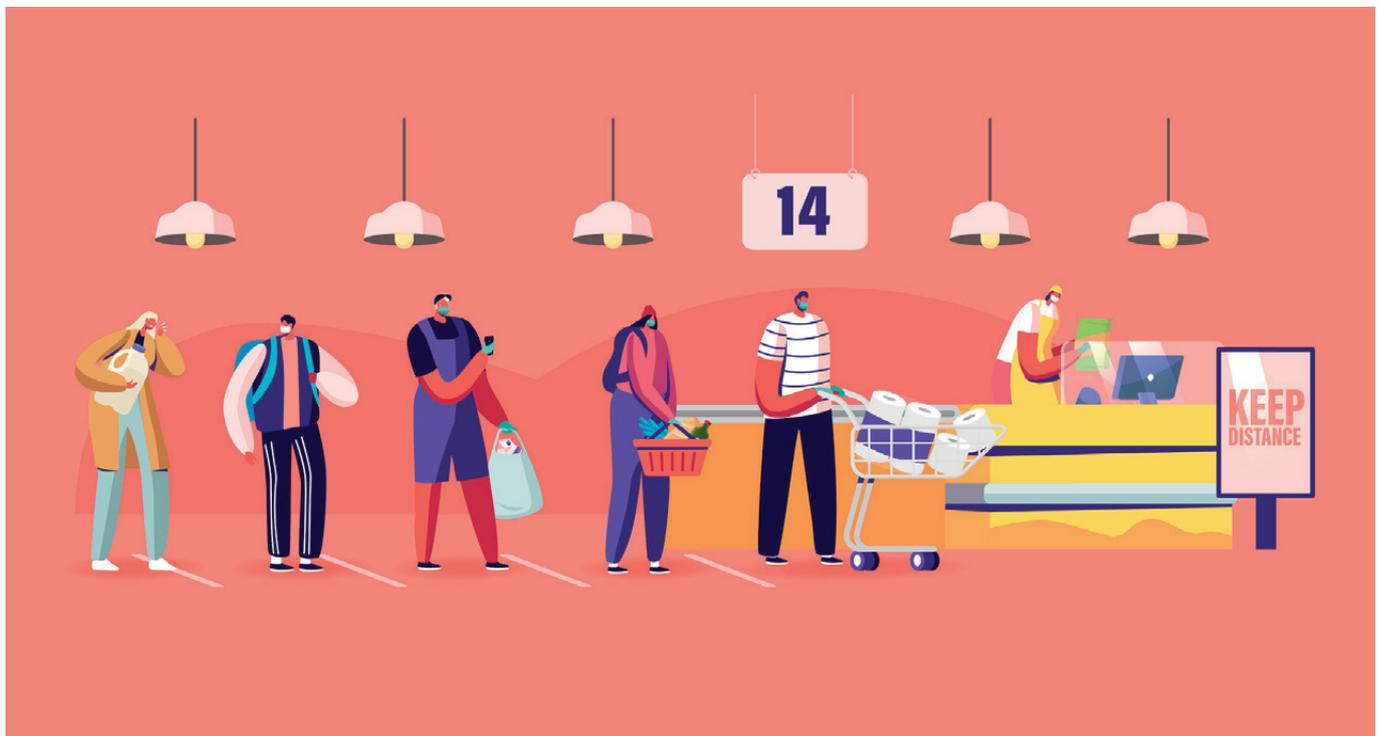
Lesetipp: Gerechtigkeit für die wahren Leistungsträger. https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitsmarkt/Gerechtigkeit_fuer_die_wahren_LeistungstraegerInnen.html

COVID: HELDINNEN DES ALLTAGS

„Ich fühle mich allein gelassen“

VerkäuferInnen in Super- und Drogeriemärkten erfuhren gerade in der Anfangszeit der Corona-Krise so viel Anerkennung wie noch nie. Doch in ihrem Arbeitsalltag spürten sie davon nur wenig, stattdessen wurden Arbeitsrechte nicht eingehalten. Eine Verkäuferin erzählt.

INTERVIEW: VALENTINE AUER



Die Heldinnen des Alltags im Supermarkt: Auf der Straße gefeiert, doch in den Geschäften standen sie im Ausnahmezustand enorm unter Druck.

PolitikerInnen dankten VerkäuferInnen für ihren Einsatz. Die Bevölkerung klatschte von Fenstern und Balkonen für jene, die während der Krise unter Hochdruck arbeiteten. Unternehmen versprachen ihren MitarbeiterInnen einen finanziellen Bonus, um Danke zu sagen. Noch nie war die Wertschätzung gegenüber VerkäuferInnen in Supermärkten und Drogeriemärkten so hoch. Die Realität sieht jedoch anders aus: „Man wird schlecht bezahlt und dafür

wird viel verlangt. Ausgebeutet wird man wie eine Weihnachtsgans. Erst jetzt, wo Covid-19 da ist, macht sich auf

Noch nie war die Wertschätzung gegenüber VerkäuferInnen in Supermärkten so groß.

einmal der Betriebsrat wichtig, vorher hat man nichts von ihm gehört. Wo ist da die Gerechtigkeit? Die Krise ist für Menschen im Einzelhandel nerven-

raubend. Kunden lassen ihre schlechte Laune bei dir aus und jeder Einzelne ist mit den Nerven am Ende, auch ich. Dass wir uns täglich einer Gefahr aussetzen, ist leider niemanden bewusst.“ Diese Zeilen schrieb uns eine Verkäuferin. Wie für viele andere auch kommt ein Interview für sie nicht in Frage. Dementsprechend gestaltete sich die Suche nach InterviewpartnerInnen schwierig. Viele fürchteten um ihren Job, trotz Anonymität. Ein Grund dafür: Das Unternehmen, in dem die

VerkäuferInnen arbeiten, hatte Anfang März einen Verhaltenskodex aufgesetzt, der den MitarbeiterInnen öffentliche Äußerungen verbietet. Interviews zu geben war somit tabu. Wir fanden trotzdem eine Mitarbeiterin, die sich bereit erklärte, mit uns zu sprechen, natürlich anonym. Wir nennen sie Julia R. Das Gespräch fand im April während des Lockdowns statt.

Können Sie zu Beginn erzählen, wie sich Ihr Arbeitsalltag durch die Corona-Krise verändert hat?

Julia R.: Meine Firma hat die meisten Entscheidungen von heute auf morgen getroffen. Von den Maßnahmen zum Schutz der MitarbeiterInnen wusste ich immer erst in der Arbeit. Meiner Meinung nach wurden diese auch nur aufgrund des öffentlichen Drucks umgesetzt. Es wurde nichts offen kommuniziert. Wir wurden zwar zu Beginn gefragt, ob wir Mehrstunden leisten können – unter der Voraussetzung, dass diese auch ausbezahlt werden. Danach wurde uns jedoch Zeitausgleich eingetragen, ohne uns zu fragen, oder wir wurden in Zwangsurlaub geschickt. Man merkt, dass das Unternehmen spart und wir sind diejenigen, die darunter leiden, wenn wir zum Beispiel mehrere Stunden alleine im Geschäft stehen. Wir können uns in dieser Zeit nicht die Hände waschen, kein Wasser trinken. Ich habe das Gefühl, mich fünfteilen zu müssen, während das Unternehmen immer mehr von mir verlangt. Ich fühle mich einsam und alleine gelassen. Aber das gilt nicht nur für mich: Ich kenne KollegInnen, von denen verlangt wurde, dass sie an einem Einkaufssamstag neun Stunden alleine arbeiten. Von einem Kollegen aus einer anderen Filiale weiß ich, dass er trotz Asthma nicht freigestellt wurde. Diese Mentalität des Unternehmens verstehe ich nicht. Teilweise werden Entscheidungen auch sehr willkürlich getroffen und sind von der Filialleitung abhängig. Es gab Fi-



Hinter den Kulissen: Keine Freistellung trotz Asthma, viele Stunden allein im Geschäft, Plexiglasscheibe erst verzögert.

lialleitungen, die der Meinung waren, dass eine Plexiglasscheibe nicht notwendig ist. Es wurde dann auch keine installiert.

Hier scheint arbeitsrechtlich einiges im Argen zu liegen. Was sagt der Betriebsrat dazu?

Wir mussten erstmals ein Papier unterschreiben, dass wir öffentlich nicht über das Unternehmen sprechen.

Wenn ich wirklich ein Problem habe, wende ich mich an die Arbeiterkammer und nicht an den Betriebsrat. Es war schon immer klar, dass der nicht auf unserer Seite ist. Auch jetzt heißt es vonseiten des Betriebsrates, dass das Unternehmen viel verloren hat, die Umsätze leiden und deswegen müssten wir MitarbeiterInnen mehr mithelfen.

Mir wurde berichtet, dass MitarbeiterInnen ein Papier unterschreiben

mussten, dass sie öffentlich nicht über das Unternehmen sprechen, können Sie das bestätigen?

Ich habe dieses Papier einmal gelesen und da finden sich einerseits ganz klassische Punkte. Zum Beispiel, dass wir den KundInnen keine Konkurrenz empfehlen dürfen oder dass wir das Produktsortiment genau erklären müssen. Es sind aber auch problematische Punkte drinnen: Wir dürfen auf Sozialen Medien nichts über das Unternehmen schreiben. Wir dürfen keine Interviews geben oder anderweitig Informationen öffentlich weitergeben. Diese Einschränkung der Meinungsfreiheit kommt mir sehr seltsam vor. Natürlich werde ich keine Geheimnisse ausplaudern, aber ich werde doch noch meine Meinung äußern dürfen, wenn auch mit Zurückhaltung. Dass ich den Namen des Unternehmens nicht erwähnen darf, gleicht einer kleinen Diktatur. Es wundert mich auch, dass wir dieses Papier zu einem Zeitpunkt unterschreiben mussten, als der Virus in



Österreich noch nicht so stark verbreitet war. Wir haben uns aber zu diesem Zeitpunkt schon auf eine Krise vorbereitet. Wir mussten noch nie etwas ähnliches unterschreiben, erst kurz vor dieser Ausnahmesituation. Hält man sich nicht an die Vereinbarung, kann man gekündigt werden.

Gleichzeitig scheint es eine neue Wertschätzung gegenüber VerkäuferInnen zu geben: Sie werden zum ersten Mal klar als systemerhaltend bezeichnet. PolitikerInnen bedanken sich bei VerkäuferInnen, abends wird für sie geklatscht. Wie nehmen Sie diese Wertschätzung wahr?

Es ist schön, dass die Menschen merken, dass wir existieren. Allerdings habe ich von diesem Danke oder von diesem Klatschen nichts. Die Leute gehen vorher einkaufen, leeren die Regale und wenn ich nach meinem Dienst einkaufen gehe, gibt es vieles nicht mehr. Die Menschen klatschen mir dann aber mit ihrem gehorteten Toilettenpapier

auf dem Balkon, halten im Geschäft aber keinen Abstand, begrüßen mich nicht, schreien mich an. Gleichzeitig filmen sie sich beim Klatschen. Meiner Meinung nach ist das eine Selbst-Vermarktung. Ich will die MitarbeiterInnen, die kleinen Leuten unterstützen, aber dabei filme ich mich. Mir wäre es wichtiger, wenn die Leute wirklich zusammenhalten und nicht nur Unterstützung faken, um Öffentlichkeit zu bekommen. Auch vom Unternehmen gibt es keine Wertschätzung. Aufgrund des öffentlichen Drucks hat uns das Unternehmen zwar einen kleinen Betrag zukommen lassen. Das war dieser groß angekündigte Dankes-Bonus. Tatsächlich erhielt jede Person zwischen 50 und 200 Euro auf ihre Mitarbeiterkarte. Das heißt, das Geld fließt wieder ins Unternehmen. Außerdem

Der groß angekündigte Dankes-Bonus waren 50 bis 200 Euro, die auf die Mitarbeiterkarte gebucht wurden.

denke ich, dass all diese Wertschätzung nach der Krise wieder vergessen wird. Niemand wird uns mehr wahrnehmen. Das ist aber auch unser Alltag, unsere Realität.

Wie würde für Sie echte Wertschätzung aussehen?

Mir hilft es mehr, wenn der Kollektivvertrag neu verhandelt wird oder Arbeitsrechte eingehalten werden. Das Problem ist aber, dass die MitarbeiterInnen schweigen, dass wir nur schlucken. Würden wir uns alle einigen und manche Sachen nicht erlauben, müsste sich das Unternehmen auch ändern. Jetzt ist es aber so, dass auf der einen Seite die Reichen und Mächtigen sind und auf der anderen Seite die kleinen Menschen und wir kleinen Menschen arbeiten für den Reichtum anderer.

Valentine Auer lebt und arbeitet als freie Journalistin in Wien.

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander Pollak (apo),
Karin Wasner (Bilder), P.M. Hoffmann, Eva Vasari (Illustrationen),
Clara Akinyosoye, Eva Maria Bachinger,
Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Valentine Auer, Eva Maria Bachinger,
Manuela Horvath, Nour Khelifi, Markus Marterbauer,
Mireille Ngosso, Milena Österreicher, Alexander Pollak,
Marlene Radl, Martin Schenk, Philipp Sonderegger,
Jad Turman

COVERBILD: Daniel Dutkowski

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Katharina Hofmann-Sewera

Katharina.Hofmann-Sewera@sosmitmensch.at,
Telefon: +43 1 524 99 00-16

ABOS: Marlene Radl, abo@momagazin.at

Telefon: +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE: 40.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien
Geschäftsführung: Alexander Pollak,
Gerlinde Affenzeller;
Obmann: Max Koch
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie
und Migration
ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW
MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen
Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,
Demokratie und Migration. Der Nachdruck der Beiträge
ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von
Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn
das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der
Fotografien liegen bei den
UrheberInnen. Falls kein/e Urheber/in
ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.

PORTRÄT

„Man darf nicht schweigen“

Im Alter von sieben Jahren hat Gerda Frey gemeinsam mit ihren Eltern in einem Versteck in Budapest die Shoa überlebt. Erinnerungen einer bemerkenswerten Frau.

TEXT: EVA BACHINGER
FOTOS: KARIN WASNER

Gerda Frey steht am Fenster und schiebt die weißen Gardinen zur Seite: „Die Aussicht ist von meiner Wohnung aus wunderbar. Das müssen Sie sehen! Man sieht drei Kirchen, den Stephansdom, die Dominikanerkirche und die Jesuitenkirche.“ Heute kann sie am Fenster so lange bleiben wie sie will. 1944 trat sie in einer kleinen Wohnung in Budapest ebenfalls ans Fenster, weil die Sonne so schön strahlte und Kinderlachen vom Spielplatz unten im Park zu hören war. Doch ihre Eltern zogen sie sofort zurück, damit sie nicht gesehen wird. Die damals siebenjährige Gerda musste im März 1944 mit ihren Eltern Lili und Ernö in ein Versteck um der Deportation zu entgehen. Der Bäcker Franko Dezsö war ein alter Freund von Ernö aus Jugendzeiten. Er überredete seine Frau, die Familie unter Lebensgefahr in ihrer Wohnung zu verstecken. Neun Monate lang verbrachten sie in einem kleinen Raum. „Die Angst entdeckt zu werden war immer da. Obwohl ich ein Kind war, war mir bewusst, dass wir in Lebensgefahr schwebten“, erzählt die heute 83-jährige Dame in ihrer geräumigen Wiener Wohnung.



Budapest, 1944: Obwohl ich ein Kind war, war mir bewusst, dass wir in Lebensgefahr schwebten.

Der 19. März ist ein Datum, das sich in ihr Gedächtnis eingegraben hat: Hitlers Truppen besetzten Ungarn. Als im März 2020 wegen der Corona-Pandemie in Österreich ein umfassender Lockdown von der österreichischen Regierung verordnet wurde, erinnerte sie sich besonders gut an diese Zeit, isoliert in einem kleinen Zimmer. Um den Menschen, die nun alle zuhause bleiben sollten, Mut zu machen, schrieb sie einen Leserbrief, der im „Standard“ veröffentlicht wurde. Sie wollte keine weitere Holocaust-Geschichte anfügen, erklärt sie, sondern aufzeigen, wie man unter schwierigsten Umständen einem Kind die Realität erklären und es trotzdem bei Laune halten kann. Ihren Eltern sei das gelungen: „Wir haben viel gelesen, ich habe ungarische Gedichte gelernt, gezeichnet und Rätsel gelöst. Es gab kein Radio, kein Fernsehen und kein Internet. Ich hatte nur eine Puppe, meine Mutter hat ihr Kleider genäht, mein Vater erzählte mir Geschichten aus der Bibel und erklärte mir die Welt. Wir konnten nur miteinander flüstern, durften untertags keinerlei Lärm machen. Aber ich war von meinen Eltern umgeben und von Liebe, was vielen nicht gegeben war.“ Viele Reaktionen erreichten Gerda Frey, die meisten positiv. „Viele Mütter haben sich gemeldet, ein Familienvater hat mir geschrieben, dass er sich den Leserbrief ausgedruckt und eingerahmt hat,“ freut sie sich.

Gerda Frey, geborene Brandl, kam 1936 in Wien auf die Welt. Ihre zwei ersten Lebensjahre verbrachte sie in Mattersburg, wo es eine große jüdische Gemeinde gab. Wegen des Suizids seines Bruders übernahm ihr Vater das alteingesessene, angesehene Textilgeschäft Brandl in Mattersburg und gab den Arztberuf auf. Doch dann kam der



Im Versteck: Wir konnten nur miteinander flüstern, durften untertags keinen Lärm machen.

Anschluss 1938. Lili Brandl musste innerhalb weniger Tage das Haus verlassen und flüchtete mit dem Baby zu ihrer Schwägerin in Wien. Ernö wurde sofort verhaftet: „Als er nach sechs Wochen freigelassen wurde, hat meine Mutter ihn nicht wiedererkannt, kaum Zähne, ein geschwollenes Gesicht, grün und blau geschlagen.“ Die kleine Fami-

Ich sah Leichen in der Donau treiben. Ein Mädchen meinte, mach dir nichts draus, das sind nur Juden.

lie suchte Zuflucht bei den Großeltern in Ungvár in der damaligen Tschechoslowakei. Doch die Odyssee ging weiter: 1942 wurden die Eltern nach Budapest abgeschoben und kamen in das Internierungslager Szabolcsutca, auch Gerda wurde 1943 abgeschoben. „Das hat mich schlussendlich vor Ausschwitz bewahrt“, meint sie heute. 1944 gelang den Eltern die Flucht. In Budapest war die Familie wieder versteckt, monatelang in einem abgedunkelten Zimmer.

Als im November 1944 die Bombardements begannen, brachte Franko sie in einer Nacht-und-Nebel-Aktion zu einem Unterschlupf hinter der Bäckerei, wo die Bedingungen noch schlechter waren. Am 24. Dezember 1944 machte sich Ernö auf die Suche nach einer neuen Bleibe. Sie gaben sich als christliche Geflüchtete aus und lebten mit einer Familie in einer kleinen Wohnung. „Wenn ich an diese Zeit denke, kommen traumatische Bilder hoch: Als ich beim Fenster hinausgeschaut habe, sah ich Leichen in der Donau treiben. Das Mädchen der anderen Familie meinte nur, mach dir nichts draus, das sind nur Juden. Hohe Häuser brannten lichterloh, das war sehr bedrohlich.“ Die Familie suchte nach Kriegsende zunächst ihre Verwandten in Ungvár, doch da war nur noch ein Neffe. 54 Angehörige, auch die Großeltern waren ermordet worden. Sie reisten weiter nach Mattersburg. „Ich sehe uns heute noch am Bahnsteig, mit einem kleinen Koffer. Wir gingen zu unserem Haus, wo die russische Kommandantur residierte. Sie quartierten uns bei



Kindergarten, 1942 in Ungvár: alle Kinder bis auf sie wurden von den Nazis getötet.



Gute Erfahrung: Ein Stipendium für ein Jahr USA hat Gerda Frey Weitblick und Weltblick verschafft. Die Bilder zeigen sie als kleines Mädchen, sie hatte einen Onkel, der Künstler/maler war und sie mehrmal gemalt hat

einer Familie ein, die früher Nazis waren. Aber sogar mit dieser Familie haben sich meine Eltern angefreundet.“ Als die Russen weg waren, konnten die Brandls wieder in ihr Haus und haben sogar das Geschäft wiedereröffnet. „Ich konnte kein Wort Deutsch, aber Kinder lernen schnell. Doch Mutter tat sich besonders schwer, weil sie die ganze Familie verloren hatte.“

Gerda Frey war jung und wollte in die Welt hinaus. Als 17-Jährige bekam sie durch ein Stipendium die Möglichkeit ein Jahr in Syracuse eine High-School zu besuchen und bei einer Gastfamilie zu wohnen. Diese Zeit in den USA hat sie tief geprägt: „Das hat mir einen Weitblick und Weltblick verschafft. Meine Eltern waren weltoffen und gebildet, aber sie waren so gerädert und gezeichnet von all den schweren Jahren, das leichte Leben kannte ich nicht. Und dann kam ich in eine fröhliche Familie mit vier Söhnen und lernte es kennen.“ Zurück in Wien begann sie ein Medizinstudium, das sie aber bald aufgab, als ihr ein Job in der US-Botschaft angeboten wurde. „Das war damals eine große Auszeichnung“, trotzdem blieb sie nur kurz, weil sie ihrem späteren Ehemann begegnet war. Mit ihm hat sie drei Söhne, einer von ihnen ist Eric Frey, Journalist bei „Der Stan-

dard“. Der Ältere lebt in den USA, die ganze Familie kommt einmal jährlich in Jesolo, Italien zusammen. Ihr und ihrem Mann sei wichtig gewesen den Kindern den Glauben an die Menschlichkeit trotz allem mitzugeben. „Man kann nicht mit Hass und Misstrauen durchs Leben gehen. Ich schweige nicht, wenn ich Ungerechtigkeit sehe, zum Beispiel, wenn ein Bettler angepöbelt wird. ‚Warum machen Sie das‘, frage ich. Dann kommt oft eine Hasstira-

**Ich konnte kein Wort Deutsch,
aber Kinder lernen schnell.
Meine Mutter tat sich schwer,
sie hatte ihre Familie verloren.**

de auf Roma und Ausländer, aber ich finde, man darf nicht schweigen.“ Vor zwölf Jahren starb Gerda Frey's Mann. „Ich war 50 Jahre glücklich verheiratet. Das Alleinbleiben nach dem Tod meines Mannes war sehr schwer, das Alleinsein zu Corona-Zeiten war kein Problem für mich.“ Bis 1965 arbeitete sie als Übersee-Repräsentantin des „American Field Service“, das ihr damals das Stipendium ermöglicht hatte. Ab 1979 war sie Repräsentantin des „International Council of Jewish Women“ bei der UNO in Wien. Bei der jährlichen Veranstaltung der

Bundesregierung zum Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai war 2019 auch Gerda Frey als Zeitzeugin geladen. Sie appellierte: „Trennt nicht die Menschen in ‚Wir‘ und ‚die Anderen‘. Ich habe zu den anderen gehört und ich weiß, was das bedeutet. Es kann jedem passieren, dass man einmal als der andere abgestempelt wird“. Sie zeigte ein Kindergartenfoto aus Ungvár, 1942: Darauf sind 33 Kinder im Sonntagsstaat mit einer Betreuerin zu sehen. „Ich habe die Kinder beneidet, weil sie im Gegensatz zu mir noch mit ihren Eltern vereint waren. Das verfolgt mich bis heute“, denn keines dieser Kinder habe überlebt, nur sie, Gerda. Dieses Bild zeigte sie auch bei ihren vielen Besuchen in Schulen, oder sie nahm ein altes, abgegriffenes Fotoalbum ihrer Großmutter mit und erzählte von der Auslöschung ihrer Verwandten, versuchte das Unbegreifliche an konkreten Menschen begreiflich zu machen. Gerda Frey ist eine offene, neugierige, lebensfrohe Frau und schaut optimistisch in die Zukunft. Das Auswendiglernen von Texten hat sich bewährt: Zum Abschied zitiert sie den ungarischen Autor Imre Madách: „Ember küzdj és bízva bízzál“, übersetzt: „Mensch kämpfe – im Sinne von strebe, bemühe dich – und vertraue.“

POPULÄR GESEHEN

Blütenblätter

Von Leistungsträgerinnen ist oft die Rede. Mit „Markterfolg“ hat das im Leben aber wenig zu tun.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Gerlinde war gerade da. Ihr dreijähriger Sohn leidet seit seiner Geburt an schwerem Asthma. Seine Betreuung braucht viel Zeit. Das Einkommen ihrer Arbeit ist unregelmäßig und gering. Jetzt in der Krise wird alles noch schwieriger. Gerlinde leistet Außergewöhnliches, leisten kann sie sich nichts. Manchmal muss sie Hilfe aus der Mindestsicherung beantragen. Maria hat zwei Kinder im Alter von 11 und 16 Jahren. Vor einigen Wochen musste sie in Kurzarbeit gehen. Die Alimente wurden herabgesetzt, weil der Vater der Kinder arbeitslos geworden war. Marias Alltag: Zähneputzen, Deutsch, Biologie, arbeiten, Mathe, Englisch, kochen, putzen, Sportunterricht, Wäsche waschen, für die Firma erreichbar sein.

Gerlinde und Maria sind beachtliche Leistungsträgerinnen. Leistungsgerechtigkeit ist wichtig für unsere Gesellschaft. Man darf sie aber nicht mit Markterfolg verwechseln. Auch nicht mit bezahlter Arbeit. Um die Mutter mit Kindern, die sich mit drei prekären Minijobs abstrampelt dreht sich's dann genauso wenig wie um den Hilfsarbeiter am Bau, den Mann im hundertsten mies bezahl-



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

ten Forschungsprojekt oder die Kindergärtnerin. Die Verantwortung ist groß, das Einkommen klein. Gerechtigkeit ist eine Blume, deren Blüte viele Blätter hat. Leistungsgerechtigkeit ist eines dieser Blütenblätter. Die anderen sechs sind die Verteilungsgerechtigkeit, die nach Verteilung von arm und reich fragt, die Chancengerechtigkeit, die meine Möglichkeiten in den Blick nimmt, die Teilhabegerechtigkeit, die über Mitbestimmung entscheidet, die Verfahrensgerechtigkeit, die mit ausverhandelten Prozessen autoritäre Willkür zu verhindern versucht und die Anerkennungsgerechtigkeit, die der Beschämung entgegentritt. Und nicht zu vergessen: die Bedarfsgerechtigkeit, also die Frage, was jemand wirklich benötigt. Mit einem Blütenblatt schaut unsere Blume nichts gleich, ohne all die anderen Blätter wäre ihre Schönheit zerstört.

POLIZEIKOLUMNE

Lasche Ankläger

Warum braucht es erst einen Videobeweis, damit ordentlich gegen PolizistInnen ermittelt wird?

PHILIPP SONDEREGGER
BEOBACHTET DIE EXEKUTIVE.
Illustration: Petja Dimitrova

Nehmen wir den Fall des Tschetschenen, der in einem Spiellokal von Polizisten geschlagen wurde. Er erfüllt auf geradezu unangenehme Weise alle Klischees einer Strafjustiz, die nicht gegen die Exekutive vorgehen will: Zwei Polizisten schlagen den Mann wiederholt, sechs weitere Polizisten sehen dem Treiben zu. Anzeige erstattet das Krankenhaus, das die Verletzungen des Mannes versorgt. Die Staatsanwaltschaft Wien lässt unverzüglich ein Jahr verstreichen bevor sie die Polizisten befragt. Als die Beamten den Vorfall abstreiten, stellt sie das Verfahren gegen diese ein und zeigt den Tatendrang, den sie anfänglich vermissen ließ: Mit einer Verleumdungsklage gegen den Tschetschenen. So stellt dieser selbst die notwendigen Erhebungen an und schaffte ein Video vom Vorfall aus dem Spiellokal herbei. Die Wiener Polizei reagiert rasch und suspendiert die Prügelpolizisten mitsamt ihrem Schweigekartell. Die Staatsanwaltschaft will jetzt einmal prüfen, wer als Täter in Frage kommt und ermittelt „vorerst“ gegen unbekannt. Eine Ausdruck des Bedauerns oder gar eine Entschuldigung ist von der

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

Justiz bislang nicht zu vernehmen. Misshandlungsvorwürfe sind unverzüglich und gründlich zu prüfen. Im entsprechenden Erlass werden Tatortarbeit und Spurensicherung als „unaufschiebbare Beweissicherung“ angeführt. Besonderes Augenmerk sei auf die Ausforschung von Zeugen und die Auswertung von Bildmaterial zu legen. Herrin des Verfahrens ist die Staatsanwaltschaft. Effektive Ermittlungen brauchen nicht nur unabhängige ErmittlerInnen und eine zivile Aufsicht sondern auch gründliche Staatsanwaltschaften. Die Defizite sind nicht nur anekdotisch, wie die ALES-Studie von 2019 zeigt: Mehr als die Hälfte der Misshandlungsvorwürfe wird eingestellt, weil der Tatverdacht nicht bewiesen werden kann. Grund genug, möchte man meinen, alle verfügbaren Beweise zu ermitteln. Derartige Nachforschungen – etwa Tatortermittlungen – ordnen die StaatsanwältInnen aber lediglich in einem von vier Fällen an.

Knabbern – politisch korrekt

Unlängst entnahm ich Medienberichten, dass der Snackhersteller Kelly's die sogenannten „Zigeunerräder“ in Zirkusräder umbenennen will. Es wurde auch Zeit.

CLARA AKINYOYOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova



Clara Akinyosoye ist Journalistin bei orf.at und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Zehn Jahre ist es her, dass ich einen Artikel für „Die Presse“ über diskriminierende Bezeichnungen in der Lebensmittelindustrie schrieb. Ich machte einen Rundgang durch einen Supermarkt, ging von Regal zu Regal auf der Suche nach Lebensmitteln, die für Roma und Sinti eine Beleidigung und für zahlreiche Menschen, so hoffe ich, ein Ärgernis darstellen. Rasch wurde ich fündig. Die Palette an Lebensmitteln, die die diskriminierende, abwertende Fremdbezeichnung „Zigeuner“ trugen, war breit. Ich fand etwa Z*Räder“ und „Z*Aufstriche“, „Z*Schnitzelbasis“ und „Z*Würstel“. Ich rief bei den Firmen an, um Stellungnahmen einzuholen. Auf Rückmeldung von Kelly's und Radatz warte ich noch heute – sprichwörtlich gesagt. Die Geschäftsleitung von Wojnar, um klare Worte nicht verlegen, ließ mir ausrichten, man habe „eigentlich kein Interesse an dem Bericht“. In dem Artikel kam auch der mittlerweile leider verstorbene Rudolf Sarközi vom Kulturverein österreichischer Roma zu Wort. Der Kämpfer für die Anliegen der Volksgruppe sagte mir, der Kampf mit Gastronomie und Lebensmittel-

industrie bringe nichts. Er lehnte das Z-Wort ab, wolle aber „nicht sinnlos“ seine Energie vergeuden. Vor zehn Jahren verstand ich das – verstand ich ihn – einfach nicht. Viele unsägliche Debatten über den M* im Hemd reicher verstand ich von Jahr zu Jahr besser, bis ich letztlich seiner Meinung war. Auch ich wollte irgendwann meine Energie nicht mehr vergeuden – in Debatten mit Menschen, die gar nicht begreifen wollten, warum den Betroffenen rassistische Fremdbezeichnungen – auch auf Speisekarten – nicht schmecken. Als ich hörte, dass Kelly's im Lichte der Rassismus-Debatte die „Z-Räder“ Zirkusräder und Knorr seine „Z*Sauce“ Paprikasauce nennen will, musste ich schmunzeln. Vielleicht hat sie der Protest, den viele Menschen im Laufe der Jahre geübt haben, mürbe gemacht. Vielleicht ist dort auch eine neue Generation am Ruder. Wichtig ist jedenfalls, dass es immer wieder Menschen gibt, die Energie für diesen Protest haben. Und erfreulich ist, dass der Protest auch Früchte trägt.

POPULÄRKULTUR

BUCH



1000 serpentinaen angst

Ein Buch, das einen durch seine Wortgewalt, seinen ungebremsten Einfallsreichtum und die Dringlichkeit, mit der einen die Autorin adressiert, sogleich in seinen

Bann zieht. Eine Zeit lang versucht man, sich, zu orientieren, wer hier eigentlich zu einem spricht und wo man sich befindet. Der Idee, in einem Automaten auf einem Bahnsteig gefangen zu sein und die Welt da draußen zu beobachten, folgen weitere prekäre Handlungsorte. Die alte liebe Oma, die die DDR spitze fand und nun plötzlich eine weit rechte Partei wählen will; oder ein Lokal im Süden der USA, wo sich einem eine ungebrochen segregierte Gesellschaft präsentiert. Man ist bereit, die raschen Wechsel der Schauplätze mitzumachen und

dabei auf neue Unwägbarkeiten zu treffen. Die Unterscheidung zwischen innerem Aggregatzustand und äußerer Realität ist dabei nicht immer leicht, der stream of conciousness, der einen dramaturgisch durch die Serpentinaen dieses Buches schleust, zieht die Grenzen selten wirklich trennscharf. Die Aussage dieser Szenarien hingegen ist glasklar. Olivia Wenzel, schwarze Autorin, in der DDR aufgewachsen, Verfasserin zahlreicher Theaterstücke, zeigt sich in ihrem Debütroman experimentierfreudig. Sie verarbeitet gesellschaftliche

Stimmungen wie Hass und Angst oder die politischen Fliehkräfte, die die Gesellschaft zu spalten drohen. Eines davon dürfte sie selbst erlebt haben, anderes liest sich als souveräne, spielerische Reflexion der Zustände unserer Zeit. Wie heisst es im Eingangszitat von Missy Elliott: „Quiet! Hush your mouth, silence when I spit it out. In your face, open your mouth, give you a taste.“ Bereichernd. (*gun*)

Olivia Wenzel

1000 serpentinaen angst

S. Fischer Verlag, 2020

350 Seiten, 21,60 Euro

BUCH



Die amerikanische Freundin

Lagos 1976. Vor dem Hintergrund eines Putsches in Nigeria entfaltet sich die Freundschaft zweier unterschiedlicher Frauen: Remi,

Angehörige der Oberschicht, lernt auf einer Vernissage die US-Geschäftsfrau Frances kennen, die in Lagos Perlen kaufen möchte. Remi lädt sie zu ihrer Familie ein und bringt sie in Kontakt mit wohlhabenden Gesellschaftskreisen, obwohl ihr Mann Tunde seine Zweifel hegt. Die Amerikaner, meint er, stecken doch alle mit der CIA unter einer Decke. Remi lässt sich davon nicht beirren, bis sich schön langsam auch bei ihr Skepsis breitmacht. Die nigerianische Autorin Sefi Atta, die schon lange in den USA lebt und immer wieder nach Lagos pen-

delt, zeigt sich einmal mehr als Meisterin der Ironie und scharfzüngiger Beobachtungen. Sefi versteht es, vor allem über die Gespräche ihrer ProtagonistInnen ein lebendiges, vielschichtiges Porträt zu zeichnen: eine Gesellschaft, wenige Jahre nach der Unabhängigkeit des Landes, in dem die freigewordenen Räume von Emporkömmlingen und neuen Eliten besetzt werden. Sie erzählt von den Unsicherheiten dieser Zeit, von politischen Ränkespielen, bleibt dabei aber immer im eng geflochtenen Beziehungskreis ihrer Figuren und deren spannungsrei-

chen Beziehungen. Atta rollt die Geschehnisse über wenige Wochen auf, strukturiert sie nach Tagen, erzählt in der Ich-Form. „Die amerikanische Freundin“ liest sich auf mehreren Ebenen richtig gut: Als kulturelle, teils sarkastische Beobachtung auf „die Amerikanerin“ und eigene Verhältnisse; als kritische Reflexion familiärer Befindlichkeiten; und als dräuende Spionagegeschichte, die immer neuen Zündstoff bietet. (*red*)

Sefi Atta

Die amerikanische Freundin

Peter Hammer Verlag, 2019

396 Seiten, 26,80 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



Stadt für alle!

Gerade vor den Wien-Wahlen, bei denen fast ein Drittel der in dieser Stadt lebenden Bevölkerung von einem demokratischen Grundrecht ausgeschlossen ist, ist die-

ses bereits 2018 erschiene- ne Buch interessant. „Stadt für alle!“ durchkämmt ver- schiedene Themenfelder wie Urban Citizenship, die Frage, für wen Wohnraum verfüg- bar gemacht wird, die Pro- blematik von Ausgrenzungen und Sprache oder etwa auch die rassistische Polizeiprak- tik des „Racial profiling“. Der Ansatz des Buches ist, re- pressiven und ausschließen- den Diskursen wie jenem der „Integration“ antiras- sistische, feministische und dekoloniale Perspektiven entgegenzusetzen und Kon- zepte der StadtbürgerInnen- schaft zu diskutieren. Wel-

che Formen von Aneignung und Teilhabe sind möglich, wie lässt sich der Zugang zu Ressourcen in der Stadt ge- rechter gestalten? Im Bei- trag „Wohnraum für wen?“ wird skizziert, wer nach wel- chen Kriterien Anspruch auf Wohnraum hat. Bis 2006 konnten Menschen, die nicht die österreichische Staatsbür- gerschaft haben, keine Ge- meindewohnung beantra- gen. Durch den Druck der EU wurde der soziale Wohn-

bau für alle geöffnet, die hier ihren Lebensmittelpunkt ha- ben. Im Kapitel „Urban ci- tizenship“ wird die Stadt als Möglichkeitsraum beschrie- ben, in dem der Logik der Kontrolle mittels inklusiver Politik etwas entgegengesetzt wird. (red)

Heidrun Aigner, Sarah Kumnig (Hg.)

Stadt für alle! Analysen und Aneignungen

mandelbaum kritik & utopie, 2018

248 Seiten, 19 Euro

BUCH

Willkommen in meiner Wirklichkeit

Der Innsbrucker Hans Platz- gumer war mit seiner Alter- native Band „HP Zinker“ ei- ner der interessantesten Acts der 1990er Jahre. Nach de- ren Auflösung begann er zu schreiben und erstaunt sei- ter immer wieder mit sei- nen Erzählungen. In seinem jüngsten Buch (liebevoll ver- legt mit Leineneinband und Illustrationen von Christoph Abbrederis) philosophiert er in oft witzigen, überra- schenden Miniaturen über das Leben, entlang der kon-

sumkritischen Texte des Situ- ationisten Guy Debord, von John Lennon oder Nietzsche. Wie die Dinge sich verändert haben, beschäftigt den Autor besonders. „In den 1980er Jahren war es einfacher: Wir hassten das Gestern und glaubten nicht an das Mor- gen.“ Was blieb, war das Hier und Jetzt auszuleben. Es war, schreibt Platzgumer, ein lust- volles Spiel mit dem Unter- gang – heute fürchtet ihn je- der. (red)

Hans Platzgumer

Willkommen in meiner Wirklichkeit

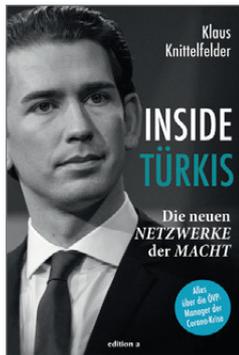
Milena Verlag, 2019

120 Seiten, 22 Euro



POPULÄRKULTUR

BUCH



Inside Türkis

Kein neues Buch über Sebastian Kurz, sondern Erhellendes über den engen Zirkel, mit dem er die bündisch organisierte ÖVP „übernommen“ und „umgefärbt“ hat.

Der Krone-Redakteur Klaus Knittelfelder holt dafür einen zentralen Protagonisten (es sind nur Männer) nach dem anderen vor den Vorhang, skizziert ihre Biographie, beschreibt ihre Funktion und bietet eine sachliche Einschätzung. Stefan Steiner, neben „Sherpa“ Blümel wohl engster Vertrauter von Kurz, Designer der türkisen Migrationspolitik, Erfinder von „Integration durch Leistung“ oder des Familienbonus. Sein Beratervertrag über monatlich 33.000 Euro wurde im Zuge einer Email-Affäre öffentlich; Bernhard Bonelli, des Kanzlers „rechte

Hand“, Ex-Unternehmensberater, erkonservativ, studierte bei Opus Dei in Barcelona. Gerald Fleischmann, der „Künstler fürs Grobe“, ging durch die Schule des Erwin Pröll, Erfinder der „message control“, erläutert jeden Montag bei der Strategiebesprechung den MinisterInnen die Vorgaben. Johannes Frischmann, oberster Message-Controller und Gestalter der Regierungsauftritte. Und, u.a., Philipp Maderthaler, der die Partei in Türkis getaucht und zehntausende Email-Adressen für Kurz' Social Media Auftritt gekeilt hat, um die digitale Kurz-Be-

wegung voranzutreiben. Ein Buch mit vielen interessanten Einblicken, das Perspektiven korrigiert. Es geht um keine „Buberlpartie“, sondern eine Gruppe (rechts)konservativer junger Männer, die sich gern liberal geben. Knittelfelder schreibt umsichtig, wägt ab, meidet aber klare Aussagen nicht. „Für das Parlament hat Kurz bekanntermaßen nicht viel übrig“, stellt er einmal fest. (red)

Klaus Knittelfelder
Inside Türkis. Die neuen NETZWERKE der MACHT.
 edition a, 2020
 224 Seiten, 22 Euro

BUCH



Das Variété der Pflanzen

Was das ökologische Bewußtsein betrifft, ist einiges im Umbruch, könnte man lapidar feststellen. Während die industrielle Landwirtschaft ihr Augenmerk un-

ter massivem Einsatz von Kunstdünger und Pestiziden einzig auf das Wachstum der Pflanze richtet (und enorme Folgeschäden der Böden in Kauf nimmt), geht es der biologischen Landwirtschaft zuerst um den Boden. Eine Investition für die Zukunft - nicht nur für das, was darauf wächst. In Richard Mabey's Buch geht es zwar nicht um Landwirtschaft, aber darum, Pflanzen neu zu begreifen. Einerseits um die enorme Bedeutung, die die Pflanzenwelt für unser eigenes Überleben hat. Andererseits um Fragen wie jene, warum es uns so schwer fällt,

Pflanzen als autonome Wesen zu verstehen. Keine Sorge, das ist kein Esoterikbuch. Mabey erschließt einem vielmehr einen neuen Blick, indem er anhand ausgewählter Themen und Pflanzen eine kulturgeschichtliche Reflexion versucht. Und dabei das Staunen nicht vergisst, das einem durch das anthropozentrische Denken oft verloren geht. Mabey tritt neue Pfade aus und denkt über die Mythen des Anbauens nach, beschreibt, wie sich durch ForscherInnen und deren oft verschlungene Annäherungen an die Natur über die Jahrhunderte unser Blick ge-

formt hat. Richard Mabey ist einer der Pioniere des „Nature writing“, das im angelsächsischen Raum als Schreiben und Denken über die Natur eine lange Tradition hat und langsam auch bei uns neue Perspektiven eröffnet. Der Berliner Verlag Mattes & Seitz ist in dieser Hinsicht einer der umtriebigen Akteure, das Buch erschien in der Reihe „Naturkunden“. (gun)

Richard Mabey
Das Variété der Pflanzen. Botanik und Fantasie
 Mattes & Seitz Berlin, 2019
 344 Seiten, 39 Euro

Meine Zukunft in Österreich

SARA: „K-Pop hat mich durch die schwierige Zeit des Ankommens in Österreich begleitet und mir sehr geholfen mich hier zurechtzufinden.“

FOTO: KARIN WASNER



In der neunteiligen Porträtreihe „Meine Zukunft in Österreich“ porträtiert SOS Mitmensch junge Frauen, die nach Österreich flüchten mussten. Welche Hürden mussten sie meistern? Was hat ihnen beim Ankommen geholfen?

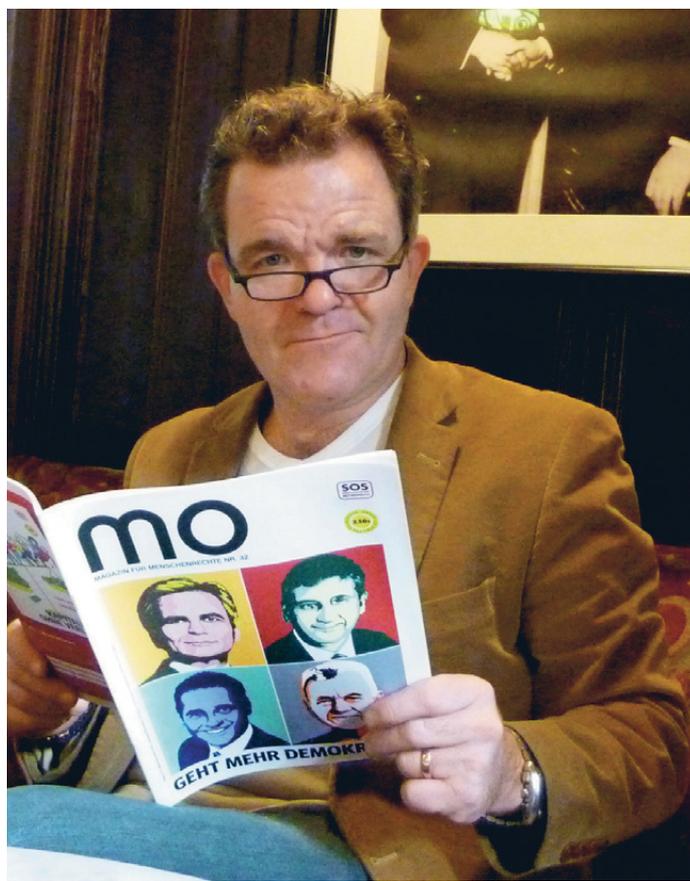
Mit der Reihe will SOS Mitmensch die Perspektiven junger Frauen in der öffentlichen Wahrnehmung stärken.

Alle Porträts finden Sie auf www.sosmitmensch.at.

Ein Teil der Beiträge erschien zudem in folgenden Medien: Oberösterreichische Nachrichten, NÖN, Tiroler Bezirksblätter, Bezirksrundschau Oberösterreich, Straßenmagazin Megaphon, Futter (Kleine Zeitung) und das biber. Wir bedanken uns bei unseren KooperationspartnerInnen. (Marlene Radl)

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro

ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**

INTEGRATION

200 Empfehlungen für eine wirkungsvolle Integrationspolitik

SOS Mitmensch hat 200 Empfehlungen von 28 ExpertInnen für eine Kehrtwende in der Integrationspolitik veröffentlicht. Die Empfehlungen beruhen auf einem im Juni von SOS Mitmensch präsentierten Bericht und erstrecken sich über sieben politische Handlungsfelder, die vom Arbeitsmarkt über Bildung bis hin zur Integration von Asylsuchenden und Anti-Rassismus reichen. Empfohlen wird

unter anderem eine Einbürgerungsreform, Verbesserungen beim Sprachkursangebot, mehr Diskriminierungsschutz, die Zurücknahme von Ausbildungs- und Arbeitsverboten für Asylsuchende, eine Bleiberechtsreform sowie die Neuausrichtung des Österreichischen Integrationsfonds. Der Bundesregierung steht damit ein bislang einzigartiger Integrations-Werkzeugkasten zur Verfügung.



28 ExpertInnen fordern eine Kehrtwende jetzt!

DEMOKRATIE

Pass Egal Wahl 2020: Briefwahl bis zum 6. Oktober!

Jede dritte Person im wahlfähigen Alter ist von den kommenden Gemeinde- und Landtagswahlen in Wien ausgeschlossen, weil sie keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzt. Damit sind die Interessen von fast einer halben Million WienerInnen nicht repräsentiert. SOS Mitmensch startet gegen diese enorme Demokratiekluft wieder eine große Aktion. Von 17. August

bis 6. Oktober können alle WienerInnen, unabhängig von ihrem Pass, ihre Stimme bei der Pass Egal Wahl abgeben. Aufgrund der COVID-19-Pandemie wird die Wahl etwas anders ablaufen als gewohnt. Stimmen können per Briefwahl, bei einem unserer Infotische oder bei unseren Kooperationspartnern in den Wiener Bezirken abgegeben werden. SOS Mitmensch ruft alle

in Wien lebenden Menschen dazu auf, bei der Pass Egal Wahl ein Zeichen gegen den Demokratieausschluss in dieser Stadt zu setzen. Auch Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft können Solidaritätsstimmen abgeben. Alle Stimmen, die uns bis zum 6. Oktober erreichen, werden ausgezählt. Infos zu den Wahlmöglichkeiten: www.sosmitmensch.at

Kunstspende für 2021

Die Benefiz-Kunstauktion von SOS Mitmensch, die heuer bereits zum 20. Mal stattfand, trägt maßgeblich zur Finanzierung unserer Menschenrechtsarbeit bei. Sollten auch Sie ein hochwertiges Kunstwerk haben, das Sie uns für die nächste Auktion 2021 schenken wollen, wenden Sie sich bitte an: katharina.hofmann-sewera@sosmitmensch.at.

Ermittlungsstelle gegen Polizeigewalt

SOS Mitmensch ist Teil eines Bündnisses, das einen Aufruf an den Innenminister, die Justizministerin und die Sicherheitssprecher der Regierungsparteien richtet. Gefordert wird, die Ermittlungsstelle zur Aufklärung von Misshandlungsvorfällen gegen PolizistInnen unabhängig, menschenrechtskonform und unter Einbindung der Zivilgesellschaft einzurichten.

Verhetzungsanzeige gegen Anti-Roma-Hassvideo

SOS Mitmensch hat gegen den steirischen FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Graz wegen des Verdachts auf Verhetzung eingebracht. Anlass ist ein von Hermann auf Facebook verbreitetes und vielfach aufgerufenes Hassvideo mit wüsten Beschimpfungen gegen Roma und Sinti. Infos: www.sosmitmensch.at.



Hass-Video-Posting des steirischen FPÖ-Vizes auf Facebook.

ANDERE ÜBER...

Wie sicher bin ich hier?

Roma sind auch im 21. Jahrhundert Anfeindungen ausgesetzt. Pastoralreferentin Manuela Horvath über ihre Erfahrungen.

KOMMENTAR: MANUELA HORVATH



Illustration: Petja Dimitrova

Wie sicher bin ich als Romni in Österreich, wenn im Jahr 2020 ein gewählter steirischer FPÖ-Mandatar ein zutiefst rassistisches Video über campierende Roma in Tulln in sozialen Medien in Umlauf bringt und zustimmend kommentiert? Wie sicher bin ich als Romni in Österreich, wenn im Jahr 2018 ein Mann über eine Gruppe fahrender Roma, die Halt in Oberwart machen, auf Facebook postet: „Also ich bin startklar: wann beginnt die Räumung der französischen Zigeuner?“ Wie sicher bin ich als Romni in Österreich, wenn Plakate und Sprüche mit dem Wortlaut „Roma raus“ und rechtsradikale Symbole sich ausbreiten?

Solche Vorkommnisse sind besorgniserregend. Besonders in sozialen Medien werden diese Verhetzungen oft hundertfach geteilt und um weitere Hasskommentare erweitert. Die Hemmschwelle scheint vor dem Bildschirm zunehmend zu fallen. Rechtsradikale Schmierereien und Menschen abwertende Sprüche im öffentlichen Raum werden von PassantInnen kaum wahrgenommen oder ignoriert. Die mangelnde Zivilcourage, solche Delikte aufzuzeigen und aktiv dagegen vorzugehen, sind schmerzhaft Erfahrungen, die ich selbst immer wieder machen musste. Und während ich nun an diesem ver-

regneten Sonntag zu Hause sitze, um diesen Text zu schreiben und zwischen durch nachsehe, was sich auf Facebook Neues tut, springt mir eine erfreuliche Nachricht entgegen. Der beliebte Snack, die „Zigeunerräder“, werden umbenannt. 110 Mal wurde diese Nachricht geteilt und mit mehr als 1.450 Kommentaren versehen. Meine Freude hält aber nicht lange an, denn zu 99 Prozent bestehen diese Kommentare aus Unverständnis und Ärger über die Umbenennung. Genauso beim Posting, dass die „Zigeunersauce“ umbenannt wird. Dass das Wort „Zigeuner“ eine Fremdbezeichnung für Roma ist und oft in Verbindung mit rassistischen Zuschreibungen steht und von Klischees überlagert ist, ist offenbar noch nicht bei allen durchgedrungen.

Eine der Fragen, mit denen ich oft konfrontiert werde, wenn ich jemanden erzähle, dass ich eine Romni bin, ist die Frage nach meiner Wohnsituation. Denn ein weitverbreitetes Klischee ist nach wie vor jenes vom fahrenden Rom. In Europa leben circa 12 Millionen Roma unterschiedlicher Gruppen und nur knapp 5 Prozent davon sind teilweise fahrend.

Aufgewachsen bin ich in einer Roma-siedlung in Oberwart im südlichen Burgenland. In einem Haus, gemauert aus Ziegeln, mit Garten und Zaun. Auch die übrigen 17 Häuser dieser klei-

nen Siedlung standen und stehen nicht auf Rädern sondern auf festem Fundament.

In unmittelbarer Nähe dieser Roma-siedlung detonierte im Feber 1995 eine Bombe. Bei diesem rassistisch motivierten Anschlag wurden vier Roma getötet. Damals überwiegte das Entsetzen über diese Tat, doch auch Sprüche wie „es waren ja eh nur vier“ waren an so manchen Stammtischen leider zu hören.

Auch wenn über die letzten 20 Jahre der Rassismus gegenüber meiner Volksgruppe abgenommen hat, werden wir auch weiterhin mit rassistischen Äußerungen zu kämpfen haben. Dies liegt v.a. an einem zu geringen Wissen über die Geschichte der Roma in Österreich. Also werde ich weiterhin mein Bestes tun, um durch unterschiedliche Projekte Aufklärungsarbeit über meine, seit dem 16. Jahrhundert beheimatete Volksgruppe im Burgenland, zu leisten. In der Hoffnung, zu einem Gedankenwandel in der Gesellschaft beizutragen.

ZUR PERSON

Manuela Horvath

Manuela Horvath ist Referatsleiterin der Romapastoral in der Diözese Eisenstadt, Mitglied im Volksgruppenbeirat der Roma und Gemeinderätin (ÖVP) in Oberwart.



Joy
33 Jahre alt,
nigerianischer Pass,
lebt seit elf Jahren in Wien

PASS EGAL WAHL

Briefwahl
ab 17.8.2020

Alle Infos zu den Wahlmöglichkeiten unter
WWW.SOSMITMENSCH.AT





weltoffen.

ludwig2020.wien
Sei dabei!

- > Wir beziehen klar Stellung gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Ideologien.
- > Menschenrechte und ein respektvolles Miteinander sind die Basis unseres Handelns.
- > Wir leben Vielfalt und fördern Toleranz und kulturelle Offenheit.

Sei dabei und werde Unterstützer*in von **#ludwig2020**

